

Eine gute Zukunft für Alle

—

Unser Weg in die sozial- ökologische Moderne für Marburg

Koalitionsvertrag 2021-2026



Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort	4
2 Klimaschutz, Umwelt und Energie.....	5
2.1 Klima Governance.....	5
2.2 Klima-Aktionsplan	6
2.3 CO ₂ -Minderungsprogramm	6
2.4 Lokale Energiepolitik	7
2.5 Trink-, Grund- und Brauchwasser – Integriertes Wasserressourcenmanagement in Marburg	8
2.6 Mehr Grün in Marburg.....	9
2.7 Das Artensterben stoppen.....	9
2.8 Plastik/Müll schadet der Natur – egal in welcher Form	11
2.9 Tiere schützen.....	11
2.10 Fairer Handel	11
2.11 Ernährung	12
3 Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport.....	12
3.1 Bildung und Schule	12
3.2 Frühkindliche Bildung.....	13
3.3 Jugendliche, Ausbildung und lebensbegleitendes Lernen	14
3.4 Sport und Bewegung für Alle.....	15
3.5 Kultur	16
4 Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	18
4.1 Mobilität.....	18
4.2 Fußverkehr.....	18
4.3 Radverkehr	19
4.4 ÖPNV.....	19
4.5 Motorisierter Individualverkehr (MIV).....	20
4.6 Intermodale Verkehre.....	21
4.7 Verkehrsweeinfrastuktur	21
4.8 Digitalisierung	21
4.9 Tourismus und Naherholung	22
5 Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung.....	22
5.1 Kommunale Sozialpolitik weiter entwickeln – Armut verhindern – Teilhabe für alle ermöglichen – sozialen Zusammenhalt und Miteinander stärken.....	22
5.1.1 Teilhabe im Alter – mit Würde und Respekt.....	23
5.1.2 Bekämpfung von Armut	24
5.1.3 Gesunde Stadt	25
5.1.4 Arbeit und kommunale Beschäftigungspolitik	25
5.1.5 Sozialer Wohnungsmarkt	26
5.2 Lebendige Demokratie und vielfältige Stadt: für ein Miteinander ohne Diskriminierung, Gewalt und Rassismus	26
5.2.1 Lebenswerte Stadtteile, Bürger*innen-Beteiligung und Demokratieförderung.....	27

5.2.2	Barrierefreiheit und Inklusion	28
5.3	Geschlechter-Gleichstellung.....	28
5.3.1	Unterstützung für Belange von LSBTIQ*	29
5.3.2	Prävention und Intervention bzgl. geschlechtsbezogener Gewalt	30
5.4	Antidiskriminierung und Antirassismus	30
5.5	Migration, Flucht und Integration	30
5.6	Katastrophenschutz und Lebensrettung	31
6	Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.....	32
6.1	Stadtentwicklung	32
6.2	Innenentwicklungspotenziale aktivieren	33
6.3	Planungsziele Hasenkopf und Oberer Rotenberg.....	33
6.4	Weiterentwicklung unserer Außenstadtteile.....	34
6.5	Liegenschaftspolitik.....	34
6.6	Gewerbeflächenentwicklung.....	35
6.7	Sozial-ökologisches Bauen und bezahlbares Wohnen	35
6.7.1	Bezahlbares Wohnen in unseren Quartieren	36
6.7.2	Öffentliche, genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnraumversorgung stärken	36
6.7.3	Energetische Modernisierungen	37
6.7.4	Mieter*innen stärken.....	37
7	Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	37
7.1	Nachhaltig Wirtschaften – neue Chancen nutzen	37
7.2	Der Pharmastandort – Globale Verantwortung und Rückgrat der regionalen Wirtschaft.....	38
7.3	Nachhaltige Entwicklung durch gezielte Wirtschaftsförderung.....	38
7.4	Lokale Produktion unterstützen und nachhaltigen Konsum fördern	38
7.5	Existenzgründungen fördern	39
7.6	Nachhaltiges Wirtschaften belohnen	39
7.7	Stärkung des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie.....	39
7.8	Stärkung des lokalen Handwerks	40
7.9	Ausbau der Nahversorgung mit regionalen und ökologischen Lebensmitteln	40
8	Finanzen, städtische Gesellschaften und UKGM	40
8.1	Finanzen	40
8.2	Stadtwerke und städtische Gesellschaften	42
8.2.1	Stadtwerke (SWM)	42
8.2.2	GeWoBau.....	43
8.3	UKGM	43

1 Vorwort

2 Unsere Stadt und unsere Zeit stehen vor großen Herausforderungen, die keinen Aufschub
3 dulden. Die Klimakrise bedroht in historisch einzigartiger Weise die Zukunft der Menschheit,
4 vor allem nachfolgender Generationen, und betrifft nahezu alle Politikbereiche. Der soziale
5 und gesellschaftliche Zusammenhalt ist vielerorts gefährdet. Armut und Ungleichheit neh-
6 men in unserer Gesellschaft zu. Wir wissen, dass es auch in unserer weltoffenen Stadt
7 strukturellen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung sowie rechtsextremisti-
8 sche Tendenzen gibt. Dagegen setzen wir uns entschieden ein.

9
10 Wir wollen global denken und lokal handeln – nachhaltig, sozial sowie klimagerecht. Politik
11 wollen wir für Generationen und nicht nur für Wahlperioden gestalten. So sehen wir unseren
12 Auftrag und so werden wir die sozial-ökologische Wende in Marburg in den Jahren 2021 bis
13 2026 umsetzen. Wir sehen, dass globale Entwicklungen nicht ohne Einfluss auf unser Leben
14 bleiben und wir zukünftig anders produzieren, anders arbeiten, uns anders fortbewegen und
15 anders ernähren werden. Diesen Wandel wollen wir zum Wohl der Menschen gestalten.

16 Wir stellen uns der globalen Verantwortung, die vor allem vor Ort auf der Ebene der Kom-
17 mune in konkretes, unmittelbares Handeln, gemeinsam und in engem Austausch mit den
18 Einwohner*innen unserer Stadt umgesetzt werden muss.

19 Dabei sind wir uns bewusst, dass unsere Verpflichtung zuerst den Menschen, die in dieser
20 Stadt leben oder mit uns in dieser Stadt leben wollen, gilt. Marburger:in ist, wer Marburger:in
21 sein will. Anforderungen der Einwohner*innen an uns – ob Arbeit, Wohnen, Mobilität, Kultur,
22 sozialer Ausgleich und gutes Miteinander, Sicherheit oder wirtschaftliche Stabilität – werden
23 wir geprägt von unserer Haltung zu Klimaschutz, Frieden und internationaler Fairness erfül-
24 len.

25 Als Oberzentrum der ganzen Region wollen wir unsere Stadt in guter Nachbarschaft entwi-
26 ckeln. Mit dieser Koalition und mit dieser Vereinbarung wagen wir in Marburg den Aufbruch
27 in die sozial-ökologische Moderne. Wir werden unsere Stadt zu einem Vorbild des guten
28 Zusammenlebens, des Zusammenhalts und des Respekts gegenüber allen Menschen, des
29 sozialen Ausgleichs und der gleichen Bildungschancen, des verantwortungsbewussten
30 Wirtschaftens und vor allem des konsequenten Klimaschutzes machen. Wir sind der Über-
31 zeugung, dass mit der notwendigen sozial-ökologischen Wende vielfältige Chancen verbun-
32 den sind, die es jetzt zu nutzen gilt.

33
34 Das Wahlergebnis verstehen wir als Auftrag für die Bildung einer sozial-ökologischen Koa-
35 lition, die alle Marburger*innen in ihren jeweiligen Lebens- und Aufgabensituationen berück-
36 sichtigt. Uns ist es wichtig, den offenen Diskurs mit allen Institutionen, der Philipps-Univer-
37 sität Marburg, den Gewerbetreibenden und Vereinen sowie allen demokratischen Kräften in
38 unserer Stadt zu suchen.

39 **2 Klimaschutz, Umwelt und Energie**

40 Die Klimakrise, die sich nicht nur im Anstieg der globalen Mitteltemperatur oder durch
41 Schmelzen des Polareises, sondern auch hier bei uns in der Zunahme lokaler Wetterext-
42 reme zeigt, wird weltweit von immer mehr Menschen als eine existenzielle Bedrohung an-
43 gesehen. Mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 hat sich die Weltgemeinschaft zum
44 Klimaschutz verpflichtet. Die Erderhitzung ist demnach gegenüber dem vorindustriellen Ni-
45 veau auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Zur Erreichung dieser Ziele
46 bedarf es weltweit großer Anstrengungen auf allen Ebenen. In der Kommune tragen wir die
47 Verantwortung, unseren wichtigen Beitrag zum globalen Ganzen zu leisten, um die Klima-
48 ziele zu erreichen. Wir verfolgen das Ziel, dass die Marburger*innen bis 2030 in einer kli-
49 maneutralen, klimaangepassten und klimagerechten Stadt leben. Dieses Ziel hat für uns
50 höchste Priorität. Es gibt Richtung und Geschwindigkeit im Bereich Mobilität, beim Ausbau
51 erneuerbarer Energien, bei der Einsparung von Gebäudeemissionen sowie beim Erhalt und
52 Ausbau von Grünflächen vor. Wir wollen saubere und bezahlbare Energie für alle, um bis
53 2030 in der Universitätsstadt Marburg klimaneutral zu leben. Wir wollen Klimaschutz als
54 gemeinsame Querschnittsaufgabe von Zivilgesellschaft, Stadtpolitik und -verwaltung etab-
55 lieren.

56
57 Auch ein wirksamer Naturschutz und der Schutz unserer endlichen, natürlichen Ressourcen
58 sowie deren nachhaltige und sparsame Nutzung sind für uns zentrale Aufgaben. Den größ-
59 ten Einfluss darauf hat eine Stadt wie Marburg unter anderem über eine naturgerechte
60 Stadtentwicklung. Neben Bereichen, in denen der Naturschutz Vorrang hat (Naturschutzge-
61 biete, Flora-Fauna-Habitat-Gebiete und Vogelschutzgebiete), stellen auch die Grün- und
62 Parkflächen unserer Stadt Lebensraum für Pflanzen und Tiere dar. Außerdem sind sie Treff-
63 punkt und Erholungsgebiete für die Menschen in der Stadt. Mehr Grünflächen in Marburg
64 bieten zusätzlich die Chance, mehr CO₂ zu binden und durch mehr Verdunstung für Kühlung
65 in Hitzeperioden zu sorgen. Dieserart Maßnahmen führen zu einer klimaresilienten Stadt
66 und steigern gleichzeitig die Lebens- und Aufenthaltsqualität.

67

68

69 **2.1 Klima Governance**

70 Die Bewältigung der Klimakrise kann nur durch ein breites Mitwirken der Bevölkerung gelin-
71 gen. Viele erforderliche Maßnahmen benötigen eine hohe Akzeptanz und Mitwirkungsbe-
72 reitschaft, um erfolgreich zu sein. Dazu ist eine breite Möglichkeit zur Beteiligung an der
73 Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen unverzichtbar. Zugleich macht es die Dimen-
74 sion des Vorhabens, Klimaneutralität zu erreichen, erforderlich, möglichst viel Kreativität
75 und Kompetenz für dieses Vorhaben zu gewinnen. So soll der unter breiter Beteiligung er-
76 stellte Klimaaktionsplan in einem kontinuierlichen Mitwirkungs- und Umsetzungsprozess
77 weiterentwickelt werden.

78 Wir werden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und des Deutsch-Französischen
79 Zukunftswerks sowie unter breiter Mitwirkung von Bürger*innen und stadtgesellschaftlichen
80 Akteur*innen umgehend eine Klima-Governance-Struktur aufbauen. Damit schaffen wir ei-
81 nen Rahmen, der die starke Bereitschaft der Stadtgesellschaft, den Klimastrukturwandel
82 mitzugestalten, schnell und nachhaltig aufgreift. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft verbindlich
83 in Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einzubinden.

84 Dazu wird ein *Rat für die Sozial-ökologische Moderne* („Klimarat“) eingerichtet, in den der
85 bisherige Klimabeirat integriert werden soll. Er setzt sich aus Vertreter*innen der Zivilgesell-
86 schaft, der Wissenschaft und Interessengemeinschaften sowie aus zufällig ausgewählten
87 Bürger*innen zusammen. Ihm zugeordnet sind Themenwerkstätten, die sich fachlich mit
88 einzelnen Handlungsfeldern zur Bewältigung der Klimakrise befassen.

89 Dazu sollen neben interessierten Bürger*innen insbesondere Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Expert*innen gewonnen werden, welche Fachwissen für die Sektoren
90 Wärme, Mobilität, Konsum, Strom und erneuerbare Energien sowie in den Feldern Ökologie,
91 nachhaltige Wirtschaften, Klimabildung und Klimafolgenanpassung beisteuern können.
92 Zu den Aufgaben des „Klimarates“ werden beispielsweise die Bewertung von Vorschlägen
93 aus diesen Themenwerkstätten hinsichtlich gesellschaftlicher Akzeptanz und Umsetzbarkeit,
94 die Entwicklung von möglichen Strategien in den Handlungsfeldern des Klimaschutzes und
95 die Beratung von Akteur*innen, die für die Umsetzung relevant sind, gehören. Der Rat soll
96 für seine Arbeit mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet sein.
97

98
99

100 **2.2 Klima-Aktionsplan**

101 Wir werden die Umsetzung des Klimaaktionsplans mit hohem Nachdruck betreiben und ihn
102 als „work in progress“ in enger Abstimmung mit dem „Klimarat“ weiterentwickeln. Dabei konzentrieren
103 wir uns unmittelbar auf Maßnahmen, deren hohe Wirksamkeit und Kosten-Nutzen-Effizienz
104 bekannt ist. Nach dieser Bewertung richten wir die Priorisierung der Mittelverwendung aus.
105

106 Wir werden durch ein qualifiziertes Fachbüro bzw. Institut eine qualifizierte, nach Sektoren
107 differenzierte CO₂-Emissions- und Einsparpotenzialanalyse durchführen und ein fortlaufendes
108 CO₂-Monitoring entwickeln lassen. Auf dieser Basis wird unter breiter Beteiligung ein
109 möglichst konkret terminierter Fahrplan der Emissionsminderung bis zur Klimaneutralität in
110 2030 mit nachvollziehbaren Zwischenzielen erarbeitet und konsequent verfolgt.

111

112 **2.3 CO₂-Minderungsprogramm**

113 Um die CO₂-Emissionen zügig abzusenken und bis 2030 die Klimaneutralität der Universitätsstadt
114 Marburg zu erreichen, ist nach heutigem Kenntnisstand die energetische Sanierung von Gebäuden
115 zur Verminderung der erforderlichen Heizenergie die wirksamste Maßnahme. Vorbild und Vorreiter,
116 aber auch besonders geforderter Partner, ist hierfür die städtische GeWoBau, der wir auch
117 weitere Eigenkapital-ersetzende Mittel zur Verfügung stellen.

118 Wir werden

- 119 • ein 1,5-Grad-Modernisierungsprogramm „sozialer Klimaschutz“ (in Fortsetzung der
120 Programme „sozialer Energiebonus“ und „Klimabonus“) zur warmmietneutralen,
121 energetischen Sanierung insbesondere der großen Nachkriegsgebäude auflegen. Ziel ist es,
122 möglichst schnell möglichst viel CO₂ einzusparen.
- 123 • bei der GeWoBau umsetzen, dass die jährlichen CO₂-Emissionen je Quadratmeter
124 Wohnfläche maximal reduziert und der Kostenanteil der energetischen Sanierung für
125 die Mieter*innen warmmietneutral ausfällt.
- 126 • öffentlich geförderte Wohnungen von anderen öffentlichen oder privaten Wohnungs-
127 baugesellschaften fördern, wenn sie sich verpflichten, den Kostenanteil der energetischen
128 Modernisierung für die Mieter*innen warmmietneutral zu gestalten.
- 129 • zeitnah den intensiven Kontakt zu den anderen großen institutionellen Vermieter*innen
130 suchen, um mit ihnen gemeinsam einen Fahrplan für die energetische Modernisierung
131 ihrer Gebäude zu verabreden. Dabei erhalten auch sie einen erforderlichen
132 Zuschuss zur warmmietneutralen Sanierung, soweit dies mit den Förderkriterien
133 anderer Ebenen vereinbar ist.
- 134 • ein kommunales CO₂-Minderungsprogramm für privaten Hausbesitz von bis zu vier
135 Wohnungen auflegen, das sowohl die bestehenden Förderprogramme von Land und
136 Bund für Einzelmaßnahmen sowie vollumfängliche Modernisierungen kommunal er-

- 137 gänzt als auch in Einzelmaßnahmen technologieoffen und unbürokratisch in die kom-
138 munale Förderung einbezieht. Bemessungsgrundlage der Förderung soll die vermie-
139 dene Tonne CO₂ sein.
- 140 • durch integrierte Quartierskonzepte eine flächendeckende energetische Gebäudes-
141 anierung und emissionsarme Wärmeversorgung vorantreiben.
 - 142 • das CO₂-Minderungsprogramm durch umfangreiche aufsuchende Beratungsange-
143 bote für private Gebäudeeigentümer*innen begleiten. Die dafür erforderlichen perso-
144 nellen Ressourcen wollen wir schaffen.
 - 145 • Qualifizierungsangebote für freie Berater*innen und örtliche Handwerksunternehmen
146 schaffen, die für die technische Umsetzung eines klimaneutralen Gebäudebestands
147 dringend und zahlreich benötigt werden. Wir unterstützen Programme zur aufsuchen-
148 den Energieberatung für Mieter*innen.
 - 149 • die systematische energetische Sanierung oder den Ersatzbau von städtischen Lie-
150 genschaften und den Gebäuden der GeWoBau auf Basis eines fortzuschreibenden
151 Maßnahmenplans fortführen. Dieser stellt die vollständige Umsetzung bis 2030 si-
152 cher und enthält einen Finanzierungsplan. Hierzu gehören auch die Aufstellung von
153 Sanierungsfahrplänen für Liegenschaften im Eigentum der Stadt bzw. städtischer
154 Gesellschaften sowie die konsequente und zeitnahe Umsetzung der im Klimaakti-
155 onsplan vorgesehenen und weiterer Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauchs
156 und zur Erhöhung der Energieeffizienz.

157
158

159 **2.4 Lokale Energiepolitik**

160 Wesentliches Ziel lokaler Energiepolitik ist darüber hinaus die Umsetzung und Gestaltung
161 einer sozial-ökologischen Energiewende.

162

163 Wir werden

- 164 • die lokale Erzeugung erneuerbarer Energien zur größtmöglichen (mindestens hälfti-
165 gen) Deckung des Strombedarfs der Stadt Marburg unter bestmöglicher Ausnutzung
166 vorhandener Windkraft- und Photovoltaik-Potenziale sicherstellen. Die Energiege-
167 winnung entsteht dort, wo sie ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich ist.
168 Dazu gehört auch, dass möglichst dezentrale Stromspeicher gefördert werden.
- 169 • durch Photovoltaik (PV) auf den Dächern städtischer Gebäude bis 2027 den Strom-
170 verbrauch der Stadtverwaltung vollständig aus Eigenproduktion decken.
- 171 • die städtische Wärmeversorgung durch Anschluss an Nah- und Fernwärmenetze und
172 Wärmepumpen anstreben und diese auf dem Weg dorthin auch durch Blockheizkraft-
173 werks-Projekte gewährleisten.
- 174 • Energiegenossenschaften in Bürger*innenhand zum Aufbau einer dezentralen, ge-
175 meinwohlorientierten und sozialen Energieversorgung durch erneuerbare Energien
176 fördern und stärken. Daher sollten Windenergieanlagen und Solarparks möglichst
177 durch die Stadtwerke oder Bürger*innen-Gesellschaften betrieben werden. Wir prü-
178 fen finanzielle Beteiligungsmodelle, sodass Erträge an die Bürger*innen fließen und
179 für lokale Infrastruktur verwendet werden können. Wir beziehen lokal Betroffene früh-
180 zeitig in Planungsprozesse ein.
- 181 • neue Projekte zum verstärkten Ausbau von Nah- und Fernwärme prüfen und voran-
182 treiben und eine kommunale Wärmeplanung für Marburg erstellen. Hierzu werden
183 wir auch prüfen, inwiefern in Bauleitplänen die Nutzung von klimaneutralen Wärme-
184 quellen festgelegt werden kann und ob ein Anschluss- und Benutzungszwang für
185 Gebäude, die ans Wärmenetz angeschlossen werden, ordnungsrechtlich umsetzbar
186 ist bzw. durch Änderung von Landesrecht ermöglicht werden kann.

- 187 • bereits ausgewiesene Windenergie-Vorrangflächen für Windkraftanlagen nutzen. Die
- 188 Stadt soll dabei eine aktive, moderierende Rolle einnehmen. Der Ausbau soll, wo es
- 189 möglich ist, durch die Stadtwerke Marburg erfolgen. Die Bürger*innen sind auch hier
- 190 frühzeitig einzubinden.
- 191 • die vorliegenden Mieter*innenstrommodelle ausbauen und die Erzeugung von Strom
- 192 durch Mieter*innen, vor allem bei öffentlichen und genossenschaftlichen Vermie-
- 193 ter*innen, durch Zuschüsse und Abbau bürokratischer sowie sonstiger Hürden för-
- 194 dern. Dies schließt auch PV-Anlagen auf Balkonen ein.
- 195 • eine solare Dachflächennutzungspflicht bei Neubauten über die Bauleitplanung fort-
- 196 führen und ausweiten und diese bei Bestandsflächen (wenn durch Landesgesetz
- 197 wieder möglich) über eine kommunale Satzung sowie über städtebauliche Verträge
- 198 festschreiben.
- 199 • auch bisher nicht genutzte Dachflächen der Liegenschaften kommunaler Unterneh-
- 200 men mit PV-Anlagen ausrüsten.
- 201 • bislang ungenutzte Potenziale zum Ausbau von PV-Anlagen auf Freiflächen wie z.B.
- 202 auf geeigneten Verkehrsbauwerken oder deren Nebenflächen nutzen.
- 203
- 204

205 **2.5 Trink-, Grund- und Brauchwasser – Integriertes Wasserressourcenma-**

206 **agement in Marburg**

207 Zur Anpassung an die zu erwartenden lokalen Folgen des Klimawandels, die Marburg mit

208 abnehmenden Grundwasserressourcen und zunehmenden Starkniederschlägen konfron-

209 tieren.

210

211 Wir werden

- 212 • aus dem in Erarbeitung befindlichen Klimafolgen-Gutachten eine Klimafolgen-Anpas-
- 213 sungsstrategie für die Universitätsstadt Marburg entwickeln und konsequent umset-
- 214 zen.
- 215 • ein integriertes Wasserressourcenmanagement für Marburg entwickeln und umset-
- 216 zen.
- 217 • die Bürger*innen aktiv informieren, wie Regenwasser im privaten Bereich genutzt
- 218 werden kann und auch darf (neben der Gartenbewässerung z.B. auch für Toiletten-
- 219 spülungen).
- 220 • zur Finanzierung der Anreize für Brauchwasserleitungen oder Zisternen die Anhe-
- 221 bung des Wasserpreises oder die Einführung eines „Wassercents“ prüfen.
- 222 • prüfen, ob es möglich ist, den sparsameren Umgang mit der Ressource Trinkwasser
- 223 auch durch eine verbrauchsgestaffelte Gestaltung des Wasserpreises zu unterstüt-
- 224 zen und ggf. einzuführen.
- 225 • uns im Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) dafür einsetzen, so
- 226 schnell wie möglich kein Wasser mehr ins Rhein-Main-Gebiet zu liefern.
- 227 • das Konzept der Schwammstadt aufgreifen, für Marburg ausarbeiten und umsetzen.
- 228 • das Anlegen künstlicher „Nutzgewässer“ (offene Wasserflächen) als Zisternen prü-
- 229 fen, die der Bewässerung städtischer Grünflächen und Kühlung der Stadt Marburg in
- 230 heißen Sommermonaten dienen.
- 231 • die noch vorhandenen Hochwasserstauräume sichern und wo möglich neue Re-
- 232 tentions- bzw. Überflutungsflächen schaffen (z.B. durch Deichrückverlegung) und die
- 233 unter wesentlicher Beteiligung der Stadt Marburg im Ohmgebiet angelegten Hoch-
- 234 wasserrückhaltungen ausbauen.
- 235 • das Hochwasserrisikomanagement erweitern, potenzielle Fließpfade bei Extremnie-
- 236 derschlagsereignissen ermitteln lassen (z.B. durch Starkregengefahrenkarten) und

- 237 durch intensive Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen (z.B. durch Risikokommunikation).
238
239 • prüfen, inwieweit der Regenrückhalteanlagenbau in der Land- und Forstwirtschaft im
240 Rahmen der Klimafolgenanpassung helfen kann, insbesondere Dürreperioden effektiv
241 zu überbrücken und so Starkregenereignisse zu nutzen.
242 • prüfen, inwieweit geklärtes Brauchwasser über eine Versickerung sowohl zur Bewässerung
243 gefährdeter, insbesondere forstwirtschaftlich genutzter, Flächen als auch zur
244 Regenerierung der Grundwasserspiegel eingesetzt werden kann. Dazu werden wir
245 ggf. ein Modellprojekt etablieren.
246
247

248 **2.6 Mehr Grün in Marburg**

249 Wir werden

- 250 • zusätzliche Grünflächen in Kernstadt und Stadtteilen anlegen, entwickeln und im
251 Sinne von Arten- und Naturschutz sowie einer hohen Aufenthaltsqualität pflegen. Zu
252 einem gesteuerten Grünflächenmanagement gehören eine seltenere Mahd mit Aus-
253 sparungen, die Toleranz und Einbeziehung von Wildpflanzen, der generelle Einsatz
254 von Regiosaatgut und heimischen Gehölzen sowie der Erhalt von Kleinstrukturen
255 und ein sparsamerer Gehölzschnitt.
256 • Mieter*innen und Hauseigentümer*innen unterstützen, die ihre Fassade oder ihren
257 Balkon mit heimischen Pflanzen aus Regiosaatgut begrünen wollen.
258 • die Fassadenbegrünung auf städtischen Gebäuden ausweiten und im öffentlichen
259 Raum vertikale Gärten anlegen.
260 • das naturnahe Gärtnern in Privatgärten durch Beratungsangebote und Kampagnen
261 (z.B. zum Insektenschutz) fördern und Regiosaatgut bereitstellen.
262 • bei Besitzer*innen von Bestandsschottergärten für deren Rück-/Umbau werben und
263 die Neuanlage von nach Hessischer Bauordnung (HBO) ohnehin verbotenen Schot-
264 tergärten unterbinden.
265 • innovative Ideen in der kommunalen Grünflächengestaltung unterstützen.
266 • Initiativen zum „Urban Gardening“ weiter fördern und ausbauen. Wir wollen, dass
267 neue Projekte geschaffen, unterstützt und als niedrigschwellige Begegnungsstätten
268 genutzt werden.
269 • Kaltluftfließwege, die die Stadt bei Hitzeperioden zur Abkühlung benötigt, identifizieren
270 und ihre Funktion bewahren.
271 • ein Bodenschutzkonzept erarbeiten, das sowohl ökologische Kriterien und Hu-
272 musaufbau als auch Bebauungsfragen umfasst.
273
274

275 **2.7 Das Artensterben stoppen**

276 Wir werden

- 277 • weitere Maßnahmen zur Renaturierung der Lahn im innerstädtischen Bereich auf der
278 Grundlage der Lahnstudie unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorantreiben und dabei
279 den zentralen Uferbereich in der Innenstadt für die Freizeitnutzung zugänglich und
280 nutzbar erhalten. Neben positiven Effekten für die Biodiversität dient die Renaturierung
281 ebenso der Aufwertung der Naherholungsqualität, dem Hochwasserschutz und
282 der Moderation des Stadtklimas in Hitzeperioden.
283 • Das „Grüner Wehr“ ist ein einzigartiges Kleinod. Notwendige Reparaturmaßnahmen
284 und die Anlage einer Fischaufstiegshilfe werden wir so durchführen, dass die natur-

285 nahen Uferbereiche so wenig wie möglich beeinträchtigt werden und der denkmalge-
286 schützte, stadtbildprägende Charakter des Wehrs erhalten bleibt. Erforderliche Pla-
287 nungen werden wir in transparenten und nachvollziehbaren Schritten unter kontinu-
288 ierlicher Bürger*innenbeteiligung umsetzen.

- 289 • die Gewässergüte der Lahn und anderer Gewässer im Stadtgebiet weiter verbessern
290 und Renaturierungen auch der Zuflüsse zur Lahn verstärkt umsetzen. Die Renaturie-
291 rung der Allna stellt einen wichtigen Schwerpunkt dar.
- 292 • den Landschaftsplan der Stadt Marburg überarbeiten.
- 293 • im Außenbereich einen Biotopverbund für gefährdete Arten schaffen. Beispielhaft ist
294 die Vernetzung der unterschiedlichen und wertvollen Biotope auf dem Marburger Rü-
295 cken mit denen des Allnats zu nennen.
- 296 • durch die Zielsetzung der torffreien Stadt Marburg Moore schützen.
- 297 • generell eine Nachkontrolle für alle Ausgleichsmaßnahmen und Flächen, auf denen
298 in Marburg Arten- und Naturschutz betrieben wird, durchführen.
- 299 • Habitataufwertungen im Bereich der im Regionalplan für das Gebiet der Stadt Mar-
300 burg ausgewiesenen Schwerpunkträume zum Schutze windkraftempfindlicher Vo-
301 gelarten (in diesem Fall der Rotmilan) als aktiven Beitrag zum Erhalt dieser Art durch-
302 führen.
- 303 • im Zuge der Entwicklung einer wildtierfreundlichen Stadt Marburg Brut- und Ruhe-
304 stätten an Gebäuden erhalten und fördern.
- 305 • stadteigene Waldflächen in Naturwälder umwandeln. Der Nutzungsstopp soll vor al-
306 lem in ökologisch besonders wertvollen Waldbeständen und zur Sicherung alter
307 Waldstandorte erfolgen. Bei den in den jüngsten Trockenjahren freigestellten Flä-
308 chen setzen wir auf natürliche Verjüngung der Schadflächen: Das Schadholz soll an-
309 teilig als Totholz im Wald belassen werden und bei der Räumung auf Bodenverträ-
310 glichkeit geachtet werden.
- 311 • (Saum-)Strukturen im Offenland schützen.
- 312 • extensiv genutzte Streuobstwiesen durch Prüfung des Bestandes und Möglichkeiten
313 für Förderprojekte unterstützen.
- 314 • öffentliche Parkanlagen ökologisch umgestalten.
- 315 • aktiven Insektenschutz betreiben und fördern durch: Minimierung der Lichtver-
316 schmutzung, Berücksichtigung von Insektenschutz als Kriterium bei der Nutzung
317 stadteigener landwirtschaftlicher Flächen und als Bestandteil des Biotopmanage-
318 ments sowie Überprüfung städtischer Kriterien zur Schädlingsbekämpfung und des
319 Pflanzenschutzes.
- 320 • Umweltbildung und freie Träger der Umweltbildung fördern.
- 321 • Ökolandbaubetriebe und deren gemeinschaftliche Vermarktungsstrukturen unter-
322 stützen.
- 323 • Initiativen fördern, die innovative Projekte gemeinwohlorientierter Ökonomie oder so-
324 lidarischer Landnutzungsformen vorantreiben.
- 325 • Projekte unterstützen, die eine Neudefinition des Wachstums- oder Wohlstandsbe-
326 griffes jenseits des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Ziel haben.

327
328

329 **2.8 Plastik/Müll schadet der Natur – egal in welcher Form**

330 Wir werden

- 331 • Marburg langfristig als „Zero Waste City“ etablieren
- 332 • die öffentliche Beschaffungspraxis auf Plastik-, Erdöl- und Palmölfreiheit umstellen.
- 333 • Repair-Cafés, Möglichkeiten zur Wiederverwendung (z.B. von Kleidung und Möbeln)
- 334 und Gemeinschaftsnutzungen (z.B. von Werkzeugen) fördern.
- 335 • Unverpacktläden organisatorisch unterstützen.
- 336 • mit Aufklärungskampagnen und Förderprogrammen Anreize für all diejenigen schaf-
- 337 fen, die naturverträgliche Alternativen zu Plastik im privaten und geschäftlichen Le-
- 338 ben entwickeln und nutzen wollen.
- 339 • die Abgabe von Einmalverpackungen beenden und generell Müll reduzieren.
- 340 • eine kommunale Strategie entwickeln, um den Eintrag von Mikroplastik in unsere Bö-
- 341 den und Gewässer zu reduzieren.
- 342 • den Ausbau und die Erweiterung städtischer Kläranlagen um eine vierte Klärstufe
- 343 vorantreiben, damit dort wirkungsvoll Mikroplastik und multiresistente Keime heraus-
- 344 gefiltert werden können.

345

346

347 **2.9 Tiere schützen**

348 Wir werden

- 349 • die Beratung im Tierschutz und der Tierhaltung fördern.
- 350 • den Aufbau einer Wildtierauffangstation fördern, möglichst in Kooperation mit Land-
- 351 kreis und Nachbarkommunen.
- 352 • die Anschaffung von Chipreadern für den Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) ver-
- 353 anlassen.
- 354 • zur Ersetzung, mindestens Verringerung, von Tierversuchen den Dialog mit der Uni-
- 355 versität suchen.
- 356 • vegetarisch-vegane Essensangebote bei sämtlichen Veranstaltungen von Stadt oder
- 357 städtischen Unternehmen.

358

359

360 **2.10 Fairer Handel**

361 Wir stehen für einen global gerechten Interessenausgleich, der allen Menschen ein lebens-

362 würdiges Dasein, frei von Armut und Umweltverschmutzung ermöglicht. Auch Kommunen

363 wie Marburg können Einfluss auf globale Armutsprobleme und so genannte Nord-Süd-Be-

364 lange nehmen.

365

366 Wir werden

- 367 • das städtische Beschaffungswesen schrittweise komplett auf fairen Produkteinkauf
- 368 ausrichten.
- 369 • eine sozial-ökologische Vergabeordnung etablieren, die öffentliche Aufträge an die
- 370 Zahlung von Tariflöhnen, das Engagement bei der Ausbildung und die Einhaltung
- 371 sozialer sowie ökologischer Standards knüpft.
- 372 • die Verwendung von fair gehandelten Produkten in Cafés, Restaurants, öffentlichen
- 373 Einrichtungen, Vereinen und Kirchen aktiv bewerben und entsprechende Siegel ver-
- 374 geben.
- 375 • eine Schule als „Fairtrade-Schule“ gewinnen.

376

377 **2.11 Ernährung**

378 Wir werden

- 379 • für gesunde, ökologisch produzierte und nach Möglichkeit regionale und saisonale
- 380 Verpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Kantinen sorgen. (siehe auch Ab-
- 381 schnitt ‚Bildung/Schule‘)
- 382 • den Ernährungsrat Marburg und Umgebung finanziell und organisatorisch fördern.
- 383 • gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf die Bedingungen für eine regio-
- 384 nale Lebensmittelversorgung verbessern.
- 385

386 **3 Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport**

387 **3.1 Bildung und Schule**

388 Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen jedes und jeder Einzelnen,
389 für individuelle Freiheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Daher möchten wir
390 sozialen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und gleiche Chancen auf gute Bildung für alle
391 verwirklichen. Gerade Schulen sind einerseits Orte des Unterrichts, andererseits aber auch
392 Orte der Begegnung, persönlicher Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und des Ler-
393 nens über den Klassenraum hinaus. Schule steht vor der Aufgabe, Themenstellungen der
394 Zukunft – wie beispielsweise die Ausrichtung auf eine Kultur des Friedens, der Demokratie,
395 der Verständigung und der Humanität sowie die nachhaltige Entwicklung – im Unterricht
396 angebunden an das fachliche Lernen zu verankern, um Kinder und Jugendliche auf ihrem
397 Weg zu kritischen und engagierten Bürger*innen zu unterstützen. Zu Besuchen der Bun-
398 deswehr an Schulen stehen wir kritisch.

399
400 Bildungsgerechtigkeit fängt bei der Ausstattung der Schulen an: Wir werden uns auch in
401 den kommenden Jahren für die Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen einset-
402 zen. Keine Schüler:in wird abgehängt, weil ein Tablet oder ausreichende Datentarife nicht
403 zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für WLAN in jedem Klassenzimmer ein und unterstüt-
404 zen Schulen, wenn diese Tablet-Schulen werden wollen. Das Konzept des Bildungsbaupro-
405 gramms (BiBaP) setzen wir mit einer Neuauflage fort und steigern die Mittel auf 40 Millionen
406 Euro in den nächsten fünf Jahren.

407 Wir achten bei jeglichen Um- und Neubaumaßnahmen auf inklusive Beschulung und die
408 Ausrichtung der Räumlichkeiten für den Ganztagsunterricht. Das Lernumfeld sollte so ge-
409 staltet werden, dass eine Teilhabe für alle möglich ist.

410 Unser städtisches Medienzentrum wird die digitale Kompetenz von Schüler*innen und Lehr-
411 kräften intensiv unterstützen und ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte bereithalten. Dazu
412 gehört auch die personelle Aufstockung des IT-Servicepersonals, um eine verlässliche War-
413 tungsstrategie für Schulen sicherzustellen.

414

415 Förderung „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE)

416 Die Koalition setzt sich für einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur zur „Bildung für
417 nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ein. Dafür soll ein kommunaler Aktionsplan zur BNE basie-
418 rend auf dem UNESCO-Programm „BNE 2030“ entwickelt werden. Zur Erstellung und Um-
419 setzung des Plans werden wir prüfen, wie die Netzwerkkoordinationsstelle für BNE beauf-
420 tragt und finanziert werden kann, um in engem Austausch und kooperativ mit den entspre-
421 chenden Fachdiensten aus der Verwaltung arbeiten zu können. Lernorte der BNE sollen
422 hierbei nicht nur in Schulen oder außerschulisch gefördert werden, sondern auch in der
423 Berufsbildung, der Volkshochschule, in Vereinen, in der frühkindlichen Bildung und in Form
424 von Fortbildungen für Verwaltung und politische Führungskräfte. Dabei sollen vermehrt Gel-
425 der von Land und Bund zur Förderung der BNE abgerufen und genutzt werden.

426 Wir werden

- 427 • die Umwelt- und Ernährungsbildung zu einem besonderen Schwerpunkt der nächs-
428 ten Jahre machen. Schüler*innen sollen Spaß daran entwickeln, umweltbewusst zu
429 handeln und sich gesund mit regionalen und ökologischen Produkten zu ernähren.
- 430 • an allen Schulen und KiTas weiterhin ökologische, gesunde und regionale Lebens-
431 mittel sowie vegetarische Alternativen anbieten. (siehe auch Abschnitt ‚Ernährung‘)
- 432 • die Schulen bei ihrer Entwicklung von individuellen Schulprofilen unterstützen. Dazu
433 gehören für den Ganzttag auch entsprechende Räumlichkeiten, die je nach Profil so-
434 wohl Rückzugs- und Bewegungsorte bieten als auch andere Aktivitäten im Rahmen
435 des Ganztags (z.B. Arbeitsgemeinschaften) ermöglichen.
- 436 • ganzheitliche Bildung auch in Zukunft in Kooperation mit freien Trägern ausbauen.
437 Das wollen wir u.a. im Rahmen der Lokalen Bildungsplanung tun und dabei auch die
438 Rolle der Schulsozialarbeit stärken.
- 439 • an den Schulen neue, kindgerechte und ganzheitliche Lernkonzepte unterstützen.
440 Das fördert Chancengleichheit, damit kein Kind zurückgelassen wird. Wir führen da-
441 her unser „Marburger Modell“ fort und bringen weiterhin eigene kommunale perso-
442 nelle Ressourcen in die Umsetzung des Ganztags ein. Dies bündelt die Ressourcen
443 der beiden Bereiche, verzahnt sie miteinander und trägt so zu einer weiteren Quali-
444 tätsverbesserung von Unterricht und Betreuung bei. Wir unterstützen Schulen wei-
445 terhin in ihrer Entwicklung zu (teil)gebundenen Ganzttagsschulen. Im Rahmen eines
446 rhythmisierten Ganztags können durch gemeinsame Lernzeiten auch gezielte Förde-
447 rungsangebote ermöglicht werden. Ganzttagsschulen erleichtern die Vereinbarkeit
448 von Familie und Beruf und verbessern die Bildungs- und Teilhabechancen von Kin-
449 dern.
- 450 • uns auch in Zukunft für kleine, wohnortnahe Schulstandorte einsetzen. Kleinere
451 Schulen, etwa in den Außenstadtteilen, mögen weniger fachliche Wahlmöglichkeiten
452 bieten. Im Gegenzug wird dort aber in besonderer Weise das soziale Miteinander
453 eingeübt.

454

455

456 3.2 Frühkindliche Bildung

457 Bildungsgerechtigkeit beginnt für uns bereits in der frühkindlichen Bildung. Gute Betreuung
458 für Kinder ist uns daher ein zentrales bildungspolitisches Anliegen. Das stärkt Familien und
459 schafft Freiräume für Beruf und Alltag. Zugleich erleben wir, dass Veränderungen in der
460 Arbeitswelt mehr und mehr Auswirkungen auf das Leben in Familien haben. Arbeitszeiten
461 werden flexibler, Homeoffice wird vermehrt genutzt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie
462 wichtig es ist, dass Generationen zusammenstehen und sich in herausfordernden Situatio-
463 nen gegenseitig unterstützen können.

464 Die Qualitätsstandards, welche wir in den letzten Jahren in der Schaffung von Ganztags-
465 plätzen in Kinderkrippen und KiTas geschaffen haben, möchten wir fortsetzen. Wir wollen
466 auch in Zukunft die Bedarfe der Kinderbetreuung in allen Altersstufen sicherstellen. Durch
467 mehr Gruppen, bessere räumliche Bedingungen und den Ausbau von Betreuungsplätzen
468 werden wir den Bedarfen auch in Zukunft gerecht. Das Konzept soll an die Bedarfe in den
469 Quartieren und Stadtteilen angepasst werden: Dort, wo besondere Bedarfe bestehen, muss
470 auch mehr Betreuungspersonal zur Verfügung stehen. Langfristig ist unser Ziel, im gesam-
471 ten Stadtgebiet die Gruppengrößen unter den gesetzlichen Vorgaben zu halten bzw. weiter
472 zu verkleinern. Darüber hinaus muss pädagogischen Mitarbeiter*innen und Führungskräften
473 ausreichend Zeit für Vor- und Nachbereitung, individuelle Betreuung und pädagogische
474 Weiterentwicklung der Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen auf mittlere
475 Sicht den Ausbau der Kinderbetreuung so voranbringen, dass wir über eine Reserve an

476 Krippenplätzen verfügen. Parallel verfolgen wir das Ziel, die Gebühren auch für die Kinder
477 unter drei Jahren abzuschaffen.

478 Die wichtige Arbeit des Bündnisses für Familie wird weitergeführt. Wir fördern familien-
479 freundliche Arbeitszeit-Modelle. Als Stadt Marburg mit ihren städtischen Unternehmen neh-
480 men wir auch hier eine Vorbildfunktion ein.

481

482 Spielplätze inklusiv und nachhaltig gestalten

483 Kinder lieben Bewegung, Spielen und Lachen mit Freund*innen, auch wenn sie auf irgend-
484 eine Art geistig, sprachlich, sozial oder körperlich beeinträchtigt sind. Ein Spielplatz ist ein
485 Ort der Begegnung und bietet allen Kindern die Möglichkeit, am gemeinsamen Spiel teilzu-
486 haben. Spielplätze sind wichtige Lernorte der (früh)kindlichen Entwicklung. Zukünftig sollen
487 deshalb mehr Elemente zur Umweltbildung für Kinder in Spielplätze integriert werden.

488 Bisherige Spielplatzplanungen haben im besten Fall Spielangebote für Menschen mit Be-
489 hinderungen derart integriert, dass irgendwo auch ein Angebot beispielsweise für Rollstuhl-
490 fahrer*innen zu finden war. So wird jedoch weder ein Zusammenspielen noch der Wert, der
491 im inklusiven Spiel steckt, gefördert. Denn erst durch das gemeinsame Spiel werden Erleb-
492 nisse geteilt und können Gemeinsamkeiten trotz der Unterschiede selbst entdeckt werden.
493 Die Koalition wird zukünftig Spielplätze auch unter den Aspekten Inklusion und Nachhaltig-
494 keit gestalten.

495

496

497 **3.3 Jugendliche, Ausbildung und lebensbegleitendes Lernen**

498 Gleiche Bildungschancen für alle bedeutet ebenso eine frühzeitige Berufs- und Studienori-
499 entierung, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung möglichst reibungslos zu
500 gestalten. Hier gilt es, Instrumente zu entwickeln, um Abbrüche in der Ausbildung zu ver-
501 meiden. Für junge Menschen wollen wir ein Wohnheim einrichten, das bei Blockunterricht
502 in der Berufsschule oder bei Ausbildungen, die entfernt vom Heimatort in Marburg absolviert
503 werden, zur Verfügung steht. Der Wandel in den Ausbildungsberufen macht auch vor der
504 Berufsschule nicht Halt. Wir setzen uns für wohnortnahe Angebote der Berufsschulen ein.
505 Wir streben auch ein landesweites Auszubildenden-Ticket analog dem Schüler*innen-Ticket
506 an. Dafür setzen wir uns beim Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und beim Land Hessen
507 ein.

508 Der Marburger Jugendbericht zeigte, dass Mobilität, Treffpunkte, Beteiligung und Angebote
509 für Jugendliche ausgebaut werden sollten. Das wollen wir tun und zwar unter Beteiligung
510 der Jugendlichen selbst. Deswegen werden wir einen intensiven, wertschätzenden Jugend-
511 Dialog starten. Jugendarbeit befindet sich in einem steten Wandel. Wir unterstützen junge
512 Menschen darin, neue Formen der Begegnung zu leben. Dabei wird auch die Klärung erfol-
513 gen, ob bzw. wie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum ein innovativer Ansatz sein kann und
514 ob bzw. wie sich bestehende Jugendzentren verändern müssen, um attraktiv zu bleiben.
515 Potenzial sehen wir auch in mobiler aufsuchender Jugendarbeit. Im Dialog mit den jungen
516 Menschen wollen wir herausfinden, welche Instrumente geeignet sind und zusammen Lö-
517 sungen umsetzen.

518 Aus dem Jugendbericht wissen wir auch, dass es Jugendlichen vor allem an Freiräumen in
519 der Stadt fehlt, wo sie sich ohne Aufsicht und Konsumzwang treffen können. Dieses Anlie-
520 gen der jungen Menschen wollen wir im Blick behalten und gemeinsam mit ihnen die Um-
521 setzung voranbringen. Wir wollen jungen Menschen über das Kinder- und Jugendparlament
522 (KiJuPa) hinaus mehr Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Deshalb unterstützen wir die Etab-
523 lierung eines Jugendbeirats, der wirksam Einfluss nehmen kann. Ein weiteres Instrument
524 sind Online-Befragungen, die speziell die Perspektiven von Jugendlichen im Fokus haben.
525 Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Altersgruppen sollen verstärkt in den
526 Blick genommen werden.

527 Die Koalition begrüßt ausdrücklich das Kinder- und Jugend-Stärkungsgesetz, vor allem un-
528 ter dem Gesichtspunkt der Selbstvertretung. Wir werden Träger und Verwaltung befähigen,
529 dies zügig umzusetzen.

530 Unsere Volkshochschule (VHS) Marburg bietet als kommunale Weiterbildungseinrichtung
531 der Erwachsenenbildung und des lebensbegleitenden Lernens ein vielfältiges, umfangrei-
532 ches, qualitativ hochwertiges und kostengünstiges Angebot für die gesamte Bevölkerung
533 unabhängig von Alter, Bildung, Geschlecht, Religion, Herkunft, beruflicher und gesellschaft-
534 licher Stellung. Wir wollen die Angebote der Volkshochschule auch im Bereich der politi-
535 schen Bildung noch stärker für Menschen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen öff-
536 nen und die Volkshochschule zu einem Ort demokratischer Bildung und Beteiligung ma-
537 chen. Zudem sehen wir unsere VHS als starken Kooperationspartner im BNE-Netzwerk.

538
539

540 **3.4 Sport und Bewegung für Alle**

541 Eine Kommune ist ohne Sport nicht denkbar. Sport gehört zur kommunalen Identität und ist
542 unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sport findet in der Kommune statt und
543 ihm kommt eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung hinsichtlich Integration, Inklusion und
544 Gesundheitsförderung zu. Die Sportstadt Marburg nimmt daher ihre gestaltende, entwi-
545 ckelnde und tragende Funktion in partnerschaftlicher Kooperation mit der breiten und viel-
546 fältigen Vereinslandschaft in der lokalen Sportlandschaft wahr. Dazu gehören ausdrücklich
547 sowohl der Breiten- als auch der Leistungs- und Profisport.

548 Der Sport lebt und vermittelt in unserem Verständnis Werte wie Fairness, Gerechtigkeit,
549 Chancengleichheit, Respekt, Toleranz, Solidarität, Zuverlässigkeit, Vertrauen, Loyalität und
550 Verantwortung. Er trägt zum bürgerschaftlichen Engagement, zur Gesundheitsförderung
551 oder zur sozialen Integration bei und beinhaltet Potenziale, die für unsere Gesellschaft von
552 großer Bedeutung sind.

553 Ohne die Vielzahl von ehrenamtlich und freiwillig Engagierten, insbesondere im Kinder- und
554 Jugendbereich, ist das breite Sportangebot in den Vereinen nicht denkbar. Diesem Enga-
555 gement gilt unsere Anerkennung und Unterstützung. Zu einer zeitgemäßen Sport- und Ver-
556 einsförderung gehört auch eine Unterstützung dieses Ehrenamtes, die wir auf dem hohen
557 Niveau der vergangenen Jahre fortführen möchten. Unsere städtischen Sportstätten und
558 Bäder werden wir unseren Vereinen daher auch in Zukunft kostenfrei zur Verfügung stellen.
559 Um die Vereine zukunftsfähig zu machen, wollen wir verstärkt hauptamtliche Strukturen,
560 z.B. in den Geschäftsstellen der Vereine, fördern.

561 Sportentwicklung ist weitaus mehr als die reine Planung von Sportstätten. Die Aktualisierung
562 des Sportentwicklungsplans dient uns u.a. als Grundlage für die Erweiterung neuer Sport-
563 stätten in den nächsten Jahren. Mit dem Lückenschluss zwischen der Halle der kaufmänni-
564 schen Schulen und der Georg-Gaßmann-Halle könnten zusätzliche Sportflächen im Umfang
565 von ca. 800 m² entstehen. Mit einem Normspielfeld und einem kleineren Sportfeld kann dort
566 ein Raum geschaffen werden, der auch für kleinere Gruppen aus dem Bereich des Gesund-
567 heits- und Senior*innensports geeignet wäre. Beim Ausbau der Schwimmkapazitäten wollen
568 wir den durch parlamentarische Initiativen eingeschlagenen Weg fortführen und bieten wei-
569 terhin sozial gestaffelte Eintrittspreise.

570 Die im Rahmen des Projekts „Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der
571 Nationalen Empfehlungen“ (KOMBI) angestoßenen Projekte und Vernetzungen möchten
572 wir fortführen, um mehr Menschen in der Stadt Marburg niedrigschwellige und kultursensible
573 Angebote zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung zu unterbreiten und die Zugänge zu
574 Bewegungsangeboten für alle Altersgruppen, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen,
575 zu erleichtern. Das Projekt KOMBI soll daher langfristig und nachhaltig weitergeführt wer-
576 den.

577 Sport bietet Kindern elementare Bewegungserfahrungen und vielfältige Möglichkeiten der
578 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb liegt unser Fokus auch auf Kindern und Jugendlichen
579 aus einkommensschwachen und benachteiligten Familien oder aus Familien mit Migrations-
580 hintergrund, um ihnen die Teilhabe an Sport und Bewegungsangeboten zu ermöglichen.
581 (Vereins-)Angebote für Kinder erhalten daher auch vorrangig Hallen-, Platz- und Wasser-
582 zeiten. Die Kooperation von Sportvereinen und Bildungseinrichtungen werden wir weiterhin
583 unterstützen.

584 Gemäß dem abgewandelten Motto „Sport (Bewegung) kennt kein Alter“ fördern wir auch
585 weiterhin den Senior*innensport. Unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung sind eben-
586 falls im Rahmen von KOMBINE neue Projekte auch für Senior*innen entstanden, die wir
587 fortführen.

588 Neben dem Breitensport, in dem die o. g. grundlegenden Werte, Gemeinschaft und Leis-
589 tungsbereitschaft erlebbar und erfahrbar werden, hat auch der Leistungssport eine Vorbild-
590 funktion für Kinder und Jugendliche. Mit unseren Bundesligisten im Basketball, Goalball
591 oder American Football oder unseren an (Welt-)Meisterschaften Teilnehmenden im Rhön-
592 rad oder Tanzen haben wir Sportler*innen, die der Sportstadt Marburg auch ein Gesicht
593 geben. Wir möchten ein nachhaltiges Konzept zur Förderung der Aktiven und der Vereine
594 im Leistungssport entwickeln.

595 Art. 30 Abs. 5 der UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine gleichberechtigte Teil-
596 nahme behinderter Menschen an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten mit anderen. Für
597 uns ist dies eine tägliche Aufgabe, eine Selbstverständlichkeit. Um auch die vorhandenen
598 baulichen Barrieren abzubauen, werden wir unsere Sportanlagen barrierefrei ertüchtigen.
599 Hierzu gehört auch, dass das Georg-Gaßmann-Stadion Austragungsort für die Bundesliga
600 im Blinden-Fußball werden kann. Wir fördern Vereine, Maßnahmen und Projekte, die Sport-
601 angebote für Menschen mit Behinderung schaffen und die das Ziel haben, Menschen mit
602 Behinderung in Sportvereine zu integrieren.

603 Wir möchten die Interessen des Sports mit den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes
604 in Einklang bringen. Dazu rüsten wir weiterhin sukzessive die bestehenden Flutlichtanlagen
605 auf LED um und prüfen Beregnungsanlagen für Sportflächen. Mit dieser Umstellung sparen
606 wir Energie, CO₂-Ausstoß und Stromkosten ein. Bei baulichen Maßnahmen der Sportstätten
607 achten wir auf Nachhaltigkeit und Versorgung mit erneuerbaren Energien.

608 Auch der Sport hat gleichstellungspolitische Aufgaben. Er eröffnet die Möglichkeit, Grenzen
609 der Geschlechterrollen sowie kulturelle Barrieren zu überwinden. Daher werden wir gemein-
610 sam mit den Vereinen und dem Sportkreis ein Konzept zur Förderung von Trainer*innen,
611 Schiedsrichter*innen sowie mehr Frauen im Ehrenamt erarbeiten. Spezifische Bedürfnisse
612 von trans*- und inter*-Personen sollen im Kontext von Sport besonders berücksichtigt wer-
613 den. So sollen gemeinsam mit trans* und inter* Personen in und mit Schulen, Schwimmbä-
614 dern und Sportvereinen Maßnahmen entwickelt werden, mit dem Ziel, dass sich möglichst
615 alle trans* und inter* Personen mit den Umkleidemöglichkeiten wohl und sicher fühlen.

616 Unser Ziel ist, Marburg als Zentrum für neue Sportarten aufzustellen und damit ein weiteres
617 Alleinstellungsmerkmal als Sportstadt noch attraktiver zu gestalten. Hierzu gehört Offenheit
618 und als erster Schritt Möglichkeiten zu schaffen, dass die neue, 2021 erstmals olympische,
619 Sportart 3x3-Basketball gespielt werden kann.

620
621

622 **3.5 Kultur**

623 Kultur ist ein Grundbedürfnis – das haben die Einschränkungen der Corona-Krise in einzig-
624 artiger Deutlichkeit gezeigt. Kultur muss sein! Kultur ist Ausdruck unserer Zeit, sie schafft
625 Wertorientierung und Identität. Sie erweitert den gesellschaftlichen und politischen Dis-

626 kurs, sie verbessert Teilhabe, Emanzipation und Chancengleichheit, sie verdeutlicht Zusam-
627 mengehörigkeit und Vielfalt – und sie macht Spaß. Für uns ist Kulturpolitik eine zentrale
628 Gestaltungsaufgabe.

629 Die möglichst breite Teilhabe der Bürger*innen am geförderten Kulturangebot gehört zu un-
630 seren zentralen kulturpolitischen Zielen. Die Vielfalt der Kulturen ist für uns eine Bereiche-
631 rung. Wir wollen neben der Förderung des Austauschs auch sicherstellen, dass Menschen
632 mit verschiedenen kulturellen Ansprüchen und Gewohnheiten, gerade auch Menschen mit
633 Migrationserfahrung, ansprechende und das Zusammenleben fördernde Kulturangebote er-
634 leben können. Deshalb werden wir Angebote mit inklusivem Charakter auch vor Ort – wie
635 z.B. das Angebot des Hessischen Landestheaters am Richtsberg – weiterhin unterstützen
636 und ausbauen. Um ein weiteres Zeichen für mehr kulturelle Teilhabe in der Stadt zu setzen,
637 werden wir prüfen, ob ein Programm analog zum „Frankfurter Saturday“ die Zugänglichkeit
638 zu unseren kulturellen Einrichtungen erleichtert.

639
640 Das einzigartige Marburger Kulturangebot beruht zu großen Teilen auf ehrenamtlichem En-
641 gagement zahlreicher Initiativen, Vereine und Träger, aus denen sich auch die erfolgreichen
642 Einrichtungen mit eigenem Personal wie die soziokulturellen Zentren, Musikschule, Kunst-
643 halle etc. entwickelt haben. Sie alle sind elementare und unverzichtbare Bestandteile des
644 Marburger Kulturlebens, die ihre eigenen, unverwechselbaren Profile entwickelt haben. Sie
645 bieten Orte der Begegnung für unterschiedliche Gruppen unserer Stadtgesellschaft. Wir
646 werden ihre Arbeit auch weiterhin unterstützen.

647 Die Arbeit der soziokulturellen Zentren werden wir fördern. Ausgehend vom Modellprojekt
648 Waggonhallenentwicklung verbessern wir auf Grundlage der dort gemachten Erfahrungen
649 gemeinsam mit den Zentren ihre Arbeitsbedingungen und helfen, sie fit für den anstehenden
650 Generationswechsel zu machen. Auch die Clubkultur rücken wir stärker in den Fokus.

651 Das Marburger Kulturforum hat sich als fester Ort des Austauschs all derjenigen etabliert,
652 die in Marburg aktiv am kulturellen Leben teilhaben. Diese Struktur werden wir ihrer Rolle
653 für die weitere Entwicklung der kulturellen Angebote stärken. Wir wollen die finanzielle För-
654 derung auf neue, verlässliche Beine stellen und dem Wunsch der Träger entsprechend ge-
655 meinsam eine Förderrichtlinie erarbeiten. Zusammen mit den Kulturschaffenden und Initia-
656 tiven wollen wir analog der kooperativen Sozialplanung kulturpolitische Strategien entwi-
657 ckeln, um neue kulturelle Bedarfe und Trends zu identifizieren und das kulturelle Leben in
658 der Stadt zu bereichern.

659 Weiterhin wollen wir eine „Kultur-Kümmerei“ etablieren. Sie wird neben der Unterstützung
660 durch das Kulturredamt sowohl bei der Einwerbung von zusätzlichen Kulturfördermitteln des
661 Bundes, des Landes und anderer Geldgeber helfen als auch ein Netzwerk für gegenseitige
662 Unterstützung und Beratung bilden, insbesondere durch ein digitales Raumkataster. Für uns
663 hat zudem die soziale Verantwortung gegenüber professionellen Künstler*innen einen be-
664 sonderen Stellenwert. Neben der Förderung der Auftrittsmöglichkeiten für darstellende
665 Kunst werden wir auch die Präsentation bildender Kunst noch stärker ermöglichen. Viele
666 Künstler*innen und Kulturschaffende sind von Altersarmut bedroht. Das erfolgreiche Mar-
667 burger Modell zur Verbesserung der Alterssicherung für hauptberuflich Kulturschaffende
668 wollen wir evaluieren und weiterentwickeln.

669 Der eingerichtete Corona-Kultur- und Sozialfonds wird bedarfsgerecht fortgeführt.

670
671 Kultur findet in der Kernstadt und genauso in den Stadtteilen statt. Um eine bessere Teil-
672 habe am vielfältigen kulturellen Leben für alle Altersgruppen aus allen Stadtteilen zu errei-
673 chen, möchten wir dort noch mehr kulturelle Angebote ermöglichen und eine sinnvolle Er-
674 reichbarkeit mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sicherstellen und legen den
675 Schwerpunkt hierbei ausdrücklich auf Verbindungen in den Abendstunden.

676 Schließlich benötigen das Hessische Landestheater und die Musikschule neue und vor al-
677 lem bessere räumliche Bedingungen, auch in Bezug auf Barrierefreiheit. Der Erfolg des Er-
678 win-Piscator-Hauses als Veranstaltungsort hat dazu geführt, dass es nicht mehr in früherem
679 Umfang vom Hessischen Landestheater genutzt werden kann. Vor diesem Hintergrund wol-
680 len wir den Neubau des Theaters zeitnah vorantreiben. Auch für die Musikschule streben
681 wir eine Lösung der räumlichen Fragen an. Gemeinsam mit Land und Landkreis möchten
682 wir die Finanzierungsstruktur verbessern.
683 Die Ergebnisse der 2013 erstellten Potenzialstudie „Schloss-Museum“ wollen wir neu auf-
684 greifen, um weitere Konzepte bzgl. der Entstehung eines Marburger Stadtmuseums zu prü-
685 fen. Wir unterstützen die Planung eines Stadtmuseums.
686

687 **4 Mobilität, Tourismus und digitale Transformation**

688 **4.1 Mobilität**

689 Wir wollen Mobilität in Marburg optimal gestalten, um Lebensqualität zu verbessern, Teil-
690 habe zu ermöglichen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und für Sicherheit aller Ver-
691 kehrsteilnehmer*innen zu sorgen. Arbeit, Schule, KiTa, Universität, Handel und Gewerbe,
692 Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Versorgung, Kultur- und Sporteinrichtun-
693 gen müssen erreicht werden und erreichbar sein. Das gilt ganz besonders für ein Oberzent-
694 rum in seiner regionalen Verantwortung.

695 Mit der sozial-ökologischen Verkehrswende kommen wir zum einen dem Ziel der Klimaneut-
696 ralität näher und zum anderen erreichen wir eine sichere und qualitativ hochwertige Mobilität
697 für alle.

698 In unserer historischen Stadt gelingt Mobilität nur im fairen Miteinander. Wir wollen eine
699 leisere Stadt mit besserer Luft, die Leben und Arbeiten, Studieren und Einkaufen mit Freude
700 und hoher Lebensqualität ermöglicht. Der öffentliche Raum ist mehr als nur Verkehrsraum.
701 Er ist auch Aufenthaltsraum für Menschen, in dem Verkehr auf Fuß- und Radwegen und der
702 ÖPNV Vorrang genießen und in dem Parkplätze verlagert oder umgewidmet werden.
703

704 Wir wollen eine ambitionierte Verkehrswende anpacken und die nachhaltige Mobilität för-
705 dern. Nachhaltige Mobilitätspolitik ist dabei viel mehr, als die Frage, wie die Marburger*innen
706 von A nach B kommen. Mobilität bedeutet Teilhabe. Unsere Politik soll allen Menschen in
707 unserer Stadt ermöglichen mobil zu sein. Damit das gelingt, streben wir die sozial-ökologi-
708 sche Verkehrswende an. Dabei wollen wir alle Marburger*innen mit auf den Weg nehmen.
709 Mit MoVe35 werden bereits konsensorientiert Zielvorstellungen und Maßnahmen dafür ent-
710 wickelt. Der Klimanotstandsbeschluss und die angestrebte Klimaneutralität bis 2030 sind
711 die Basis. Die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV,
712 Rad- und Fußverkehr ist Ziel unserer Mobilitätspolitik, um Aufenthaltsqualität zu steigern,
713 die Stadt von unnötigen Verkehren zu befreien und gleichzeitig eine gute Erreichbarkeit zu
714 gewährleisten. Unsere Verkehrspolitik ist ökologisch verantwortbar, sozial ausgewogen und
715 trägt den Mobilitätsbedarfen Rechnung.
716
717

718 **4.2 Fußverkehr**

719 Jede:r von uns nutzt Fußwege. Daher wollen wir unsere Stadt fit für den Fußverkehr ma-
720 chen! Dazu braucht es ein städtisches Programm zur gezielten Förderung von Fußverkehr.
721 Jede:r soll Straßen an Fußgänger*innenampeln in Ruhe und ohne Angst überqueren kön-
722 nen – auch alte Menschen und/oder solche mit Mobilitätseinschränkungen. Dazu sind fuß-
723 gänger*innenfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen Warte- und längeren Gehzeiten er-
724 forderlich. Auf ‚Feindliches Grün‘ sollte, wo es möglich ist, verzichtet werden.

725 Weitere Querungshilfen mit und ohne Ampel sind einzurichten. Verkehrsberuhigte Bereiche
726 verbessern – vor allem sofern sie von geschwindigkeitsmindernden Umbauten im Straßen-
727 raum, Variotafeln und mobilen Geschwindigkeitskontrollen begleitet sind – erheblich die Si-
728 cherheit und die Aufenthaltsqualität von Passant- und Anwohner*innen, insbesondere die
729 von Kindern.

730
731

732 **4.3 Radverkehr**

733 Das Radverkehrsliniennetz soll unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Komfort und Ge-
734 schwindigkeit erweitert und ausgebaut werden. Ein flächendeckendes inner- wie außerstä-
735 dtisches Radwegenetz mit attraktiven Fahrtzeiten – unter Einbeziehung des geplanten Rad-
736 schnellweges und des Radhauptnetzes – ist unser langfristiges Ziel. Dies soll Menschen
737 zum Umsteigen auf das Fahrrad animieren.

738 Dafür ist es nötig, die großen Arbeits- und Studienstandorte auf den Lahnbergen und am
739 Pharmastandort mit direkten Radwegen (u.a. direkte Verbindung Marbach-Rotenberg-Görz-
740 hausen sowie Alter-Kirchhainer-Weg-Lahnberge plus insektenfreundliche Beleuchtung mit
741 Bewegungsmeldern) anzubinden.

742 Wir wollen den Straßenraum neu aufteilen und möglichst eine bauliche Trennung von Rad-
743 und Autoverkehr erreichen.

744 Der Radverkehrsplan der Stadt soll zügig abgearbeitet werden unter besonderer Berück-
745 sichtigung der Verbindungswege zwischen den Außenstadtteilen und der Innenstadt. Ins-
746 besondere wollen wir zügig vorhandene Wegeverbindungen in den Außenstadtteilen rad-
747 verkehrsfreundlich und barrierearm ausbauen.

748 Außerdem werden wir zeitnah Fahrradstationen errichten und für sichere, überdachte und
749 wenn möglich begrünte Abstellplätze mit E-Bike-Lademöglichkeiten im gesamten Stadtge-
750 biet sorgen.

751 Im Sinne schneller Wegebeziehungen wollen wir die frühere Planung einer Brücke für Fuß-
752 gänger*innen und Radfahrende vom Wehrdaer Weg zum Afföller einer aktualisierten Prü-
753 fung unterziehen.

754
755

756 **4.4 ÖPNV**

757 Auch die Stärkung des ÖPNV ist für uns ein wesentlicher Baustein für ein klimaneutrales
758 Marburg. Ein attraktiver Öffentlicher Nahverkehr senkt den CO₂-Ausstoß im Verkehrsbe-
759 reich, wenn er durch ein verbessertes Linien- und Taktangebot einzelne Autofahrten über-
760 flüssig werden lässt. Deshalb sollen insbesondere die Verbindungen zwischen den jeweili-
761 gen Wohnquartieren und den Arbeitsstandorten entschieden verbessert werden.

762 Durch Umstieg auf alternative Antriebe (z.B. durch Oberleitungsbusse oder die Elektrifizie-
763 rung der Busflotte) wollen wir im ÖPNV-Sektor Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 erreichen.
764 Schnelle und attraktive Verbindungen zwischen den Stadtteilen sollen im künftigen Nahver-
765 kehrsplan Berücksichtigung finden, wie auch Schnell- und Ringbuslinien sowie die Nutzung
766 der B3a mit Haltepunkten. Wir befürworten eine generelle Verdichtung der Bustaktzeiten in
767 den Außenstadtteilen, in den Abendstunden und am Wochenende.

768 Bei der Neubeschaffung von Bussen streben wir die bedarfsgerechte Ausweitung des Platz-
769 angebots für Fahrräder, Kinderwagen, Rollstühle etc. und die Erhöhung des Fahrkomforts
770 an. Für eine zusätzliche Verbesserung der Attraktivität und Zugänglichkeit des ÖPNV wer-
771 den wir den barrierefreien Ausbau der Haltestellen massiv beschleunigen.

772 Noch in dieser Wahlperiode wollen wir die Einführung eines umlagefinanzierten Bürger*in-
773 nentickets prüfen, ein Gratis-Willkommensticket für Neubürger*innen sowie die kostenlose
774 Nutzung der Stadtbusse für Stadtpassinhaber*innen einführen.

775 Zusammen mit Gießen wollen wir die Machbarkeit einer Regio-Tram in Mittelhessen prüfen
776 lassen. Zudem überstützen wir die Reaktivierung der Aar-Salzböde-Bahn und die Schaffung
777 eines Bahnhofepunktes Marburg-Mitte.

778 Außerdem möchten wir die Wohnungsbaugesellschaften und die großen Arbeitgeber in un-
779 serer Stadt ermuntern, Mieter*innen- und Jobtickets einzuführen.

780

781

782 **4.5 Motorisierter Individualverkehr (MIV)**

783 Wir müssen den Verkehr, besonders den MIV, in Marburg deutlich reduzieren, um die Kli-
784 maneutralität zu erreichen.

785 Der MIV soll bis 2035 um etwa 50% auf den Umweltverbund verlagert werden. Das beauf-
786 tragte Planungsbüro soll im Rahmen von Move35 in zwei Szenarien für 2030 und 2035
787 berechnen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die von der Stadt Marburg beschlos-
788 sene Klimaneutralität zu erreichen. Das entwickelte Maßnahmenpaket sollte im Rahmen
789 von Move35 öffentlich diskutiert und abgestimmt werden. In einem begleitenden Monitoring
790 wird das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsleistung mindestens alle zwei Jahre ermit-
791 telt, um zu überprüfen, ob der Pfad zur Klimaneutralität eingehalten wird. Sollte dies nicht
792 der Fall sein, müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Klimaneutralität bis
793 spätestens 2035 sicherzustellen. Um die Auswirkungen auf den Einzelhandel zu untersu-
794 chen, sollten die Kundenströme aus dem Umland zum Einzelhandel erhoben und Lösungs-
795 möglichkeiten im Rahmen von Move35 vorgelegt werden.

796

797 Damit alle Marburger*innen frei entscheiden können, auf ihr Auto temporär auch einmal zu
798 verzichten, bauen wir ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr sowie Sharing-Angebote auch in den
799 Außenstadtteilen aus. Wir streben eine Erhöhung des Modal Split (die Anteile der einzelnen
800 Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung), zugunsten des Umweltverbunds an. Al-
801 ternative Angebote zum eigenen PKW müssen so attraktiv sein, dass ein Umstieg oder Ver-
802 zicht auf das eigene Auto leicht möglich ist und aus Überzeugung erfolgt. Statt des Gegen-
803 einanders der einzelnen Verkehre sind Respekt und Miteinander der richtige Weg, um Mo-
804 bilität für alle zu ermöglichen. Mit Förderprogrammen und Aufklärungskampagnen wollen
805 wir die Marburger*innen davon überzeugen, ihr Auto – zeitweise – stehen zu lassen oder
806 es abzuschaffen.

807 Wir fördern alternative Antriebe, indem wir die Infrastruktur für Ladesäulen erheblich aus-
808 bauen und mit einem Ladesäulenverzeichnis sichtbar machen, wo in Marburg elektrisch
809 aufgetankt werden kann.

810 Wir wollen, dass Tempo 30 so weit wie möglich die Höchstgeschwindigkeit in Marburg wird.
811 Wir werden verstärkt dafür Sorge tragen, dass die erlaubten Geschwindigkeiten auch ein-
812 gehalten werden (u. a. durch mehr Kontrollen, Variotafeln, geschwindigkeitsreduzierende
813 und die Aufenthaltsqualität steigernde Umbauten des Straßenraums). Für die B3a bleiben
814 wir bei der breit getragenen Forderung nach wirksamer Temporeduzierung.

815 Parkraum in Parkhäusern soll so genutzt werden, dass Parken im Straßenraum möglichst
816 vermieden oder in Parkhäuser verlagert wird. Daher lehnen wir kostenlos verfügbare Park-
817 plätze auf städtischem Grund im Stadtzentrum grundsätzlich ab und überprüfen regelmäßig
818 eventuell nötige Anpassungen der Parkgebühren. Wir streben eine kostendeckende Park-
819 raumbewirtschaftung an.

820

821

822 **4.6 Intermodale Verkehre**

823 Eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel, also eine intermodale Verkehrsmittelwahl,
824 führt zu einer ressourcenschonenden Mobilität. Deshalb möchten wir alle Verkehrsträger

825 besser miteinander Vernetzen und entsprechend ihrer Vorteile auch auf Wegabschnitten
826 nutzbar machen.

827 Räumliche Nähe verschiedener Verkehrsmittel an Mobilitätsknotenpunkten ermöglicht ein
828 schnelles und bequemes Umsteigen auf Fahrrad, Auto, ÖPNV oder Fußverkehr erreicht.
829 Dazu soll eine App verschiedene Mobilitätsanbieter integrieren und so bei der Wahl des
830 vorteilhaftesten Verkehrsmittels helfen.

831

832

833 **4.7 Verkehrswegeinfrastruktur**

834 Alle Formen von Mobilität setzen einen guten Zustand der Verkehrsinfrastruktur voraus. Das
835 gilt ganz besonders für Radfahrer*innen, die durch schlechte Straßenoberflächen beson-
836 ders gefährdet sind, für den ÖPNV vor allem in Spitzenzeiten, aber auch für Rettungs-
837 dienste. Wir werden daher systematisch die Oberflächen der Straßen und Wege in Marburg
838 auf Grundlage einer Prioritätenliste sanieren und dazu ein langfristiges, verbindliches und
839 für alle Beteiligten planbares Programm analog der Strategie BiBaP auflegen.

840 Bei Sanierungen und Neubauten sind, wenn immer möglich, Fuß- und Radverkehr vonei-
841 nander (baulich) zu trennen. Wegebeziehungen und die Sicherheit von Fußwegen sind zu
842 verbessern, damit Menschen schnell und ohne Angst durch unsere Stadt laufen können.

843 Eine fußgänger*innenfreundliche Stadt erfordert Umbauten im Straßenverkehr, die die Flä-
844 chen für seine Nutzer*innen neu verteilen. Wir wollen in diesem Sinne unter anderem brei-
845 tere Gehwege schaffen.

846

847 Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Schulcampus in der Leopold-Lucas-Straße
848 streben wir die dafür notwendigen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an.

849 Ebenso treiben wir die weitere Verbesserung der Verkehrsführung und Aufenthaltsqualität
850 in der Elisabethstraße voran. Eine besondere Berücksichtigung sollen Aspekte der Ver-
851 kehrssicherheit im Zusammenhang mit Radverkehr und MIV erfahren.

852

853

854 **4.8 Digitalisierung**

855 Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Ob
856 im Bereich Bildung, bei der Ausstattung von Schulen oder vielen weiteren städtischen
857 Dienstleistungsangeboten: Digitalisierung durchdringt das Leben der Marburger*innen. Da-
858 bei müssen wir darauf achten, dass alle Menschen mitgenommen werden, die Angebote für
859 alle nutzbar bleiben und es nicht zu digitalen Barrieren kommt. Jetzt gilt es, den Glasfaser-
860 ausbau sowie den Ausbau mit 5G zügig voran zu treiben. Unser Maßstab ist, dass schnelles
861 Internet mit Kabel und Funk für alle verfügbar ist und nicht nur nach wirtschaftlichen Erwä-
862 gungen der Anbieter entwickelt wird.

863 Unsere Stadtverwaltung setzt die Digitalisierung bereits mit hohem Elan, Engagement und
864 Qualität um. Diesen Weg unterstützen wir mit allem Nachdruck. Das Onlinezugangsgesetz
865 gibt hier die Richtung vor. Diesen Prozess werden wir engagiert begleiten.

866 Mit der immer stärkeren Digitalisierung werden auch immer mehr Daten und Informationen
867 erzeugt. Diese gilt es zu nutzen und Marburg zu einer Smart City zu entwickeln, von der alle
868 Einwohner*innen davon profitieren, indem beispielsweise die unterschiedlichen Mobilitäts-
869 träger vernetzt und optimal aufeinander abgestimmt sind. Bei all dem muss der Datenschutz
870 höchste Priorität haben.

871 So umgesetzt, kann Digitalisierung mehr Teilhabe, Service und Nutzen für alle Marbur-
872 ger*innen bieten.

873

874

875 **4.9 Tourismus und Naherholung**

876 Marburg ist eine Stadt mit vielfältigen und beliebten touristischen Angeboten. Wir wollen,
877 dass viele Menschen die Schönheiten unserer Stadt entdecken können. Dabei ist uns auch
878 soziale Gerechtigkeit besonders wichtig: Tourismus soll in Marburg für Menschen mit jedem
879 Geldbeutel erschwinglich sein. Gerade nach der Corona-Krise gilt es Angebote zu entwi-
880 ckeln, die einkommensschwache Familien oder Senior*innen nutzen können. Die Ausarbei-
881 tung eines Konzepts zur Gestaltung von nachhaltigen Tourismusangeboten für einkom-
882 mensschwache Bevölkerungskreise ist daher ein wichtiger Bestandteil unseres Gesamt-
883 ziels, das touristische Angebot der Stadt nachhaltig auszurichten.

884 Ökologische, nachhaltige und barrierefreie Angebote sollen deshalb besonders gefördert
885 werden – auch in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf. Dies gilt im Be-
886 sonderen für den Fahrrad- und Wandertourismus. Hierfür setzten wir auf eine digitale wie
887 analoge Ertüchtigung der Wander- und Spazierwege, eine vereinheitlichte Kennzeichnung
888 der mit hohem Wiedererkennungswert, eine Zertifizierung besonders abwechslungsreicher
889 Wege sowie eine Aktualisierung und ansprechende Gestaltung von Wanderkarten und We-
890 gehinweisen. Um ein möglichst attraktives Angebot bieten zu können, wird in diesem Zuge
891 die Einführung einer Tourismusabgabe für Übernachtungen geprüft.

892 Die Lahnwiesen in zentraler Ufernähe sind ein schützenswerter Bereich. Wir wollen eine
893 Nutzung durch schwere Fahrgeschäfte so weit wie möglich vermeiden. Zugleich gilt: Alle
894 Angebote an Kultur und Volksfesten sind in der Innenstadt willkommen. Wir werden deshalb
895 gemeinsam Lösungen unter Fokussierung auf vollversiegelte Flächen finden, wie alle be-
896 stehenden Angebote in der zentralen Innenstadt erhalten bleiben und zugleich der Schutz
897 der Freiflächen und die Aufenthaltsqualität verbessert werden kann.

898 Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung besonderer touristischer Angebote wie thema-
899 tisch geführter Wanderungen im Bereich der Umweltbildung (z.B. zu Folgen der Klimakrise
900 oder beispielhaften ökologischen Projekten) fördern. Auch freie Träger können sich unserer
901 Unterstützung bei der Verbesserung der Aufenthaltsqualität an touristischen Standorten
902 (z.B. am Spiegelslusturm) bewusst sein. Schließlich soll auch die Bewegung Teil unseres
903 Tourismuskonzepts werden: So planen wir den Ausbau der Bewegungsangebote im öffent-
904 lichen innerstädtischen Bereich und in den Außenstadtteilen nach dem Vorbild des Projekts
905 KOMBINE.

906

907 **5 Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und** 908 **Bürger*innenbeteiligung**

909 **5.1 Kommunale Sozialpolitik weiter entwickeln – Armut verhindern – Teil-** 910 **habe für alle ermöglichen – sozialen Zusammenhalt und Miteinander stärken**

911 Marburg hat eine über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur. Stadt, Kreis, Sozialhil-
912 feträger und Sozialversicherer sowie zahlreiche freie Träger und Initiativen wirken erfolg-
913 reich zusammen. Kommunale Sozialpolitik ist Daseinsvorsorge, die nicht zwischen gesetz-
914 lichen und sog. freiwilligen Leistungen unterscheiden darf. Wir haben das Wohl der Men-
915 schen im Blick.

916 Ziel der neuen sozial-ökologischen Koalition ist es, den hohen Standard nicht nur zu erhal-
917 ten, sondern anhand der sich verändernden Herausforderungen weiter zu entwickeln.
918 Grundlage dafür ist das im Januar 2021 beschlossene sozialpolitische Leitbild. Es stellt die
919 Menschen in den Mittelpunkt und benennt die verschiedenen Aufgabenfelder. Wichtig ist
920 uns die enge Kooperation von Betroffenen, freien Trägern, Wissenschaft, Bürger*innen und
921 Verwaltung. Wir wollen unsere Ressourcen dort einsetzen wo sie benötigt werden, Verbes-
922 serungen erzielen und zugleich neue Herausforderungen aufgreifen.

923 Ein wichtiges Instrument der kommunalen Sozialpolitik ist die Kooperative Sozialplanung,
924 die alle Beteiligten einbezieht. Wir wollen auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit von
925 Leistungen der Kommune und freien Trägern und Initiativen sicherstellen, die sich am sozi-
926 alen Miteinander und Zusammenhalt orientiert und aus dem sozialpolitischen Leitbild heraus
927 die Aufgaben bestimmt. Unser Handeln stützt sich auf empirische Daten. Dafür werden wir
928 umfangreiche Sozialdatenerhebungen für die verschiedenen Handlungsfelder kommunaler
929 Sozialpolitik entwickeln bzw. fortschreiben: für benachteiligte Menschen in unserer Stadt
930 genauso wie für die Quartiere. Eine integrierte Sozialpolitik vermeidet Risiken präventiv,
931 gleicht Benachteiligungen aus, beachtet die sozialräumliche Entwicklung in den Quartieren
932 und ermöglicht allen Menschen Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Le-
933 ben.

934 Inklusion ist für uns ein umfassendes Leitmotiv, das auf Teilhabe Aller zielt. Deshalb be-
935 trachten wir Inklusion als eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Bereiche des kom-
936 munalen Handelns zieht. Spezielle Förderungen sind nur dann sinnvoll, wenn die Teilhabe
937 durch Regelangebote nicht erreicht werden kann.

938 Für die freien Träger und Initiativen wollen wir Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Das
939 schließt die Betrachtungen von Wirkungen unseres sozialpolitischen Handelns im Sinne der
940 gesetzten Ziele ein. Deshalb werden wir die Strategie der Förder- und Leistungsvereinba-
941 rungen weiter entwickeln, auf deren Basis allen Akteur*innen Planungssicherheit, Entwick-
942 lungsmöglichkeiten und Raum zur Innovation ermöglicht werden kann.

943 Ausgangspunkt unserer Sozialpolitik ist es, die Betroffenen und ihre Befähigungen, Res-
944 sourcen, Bedürfnisse und Lebensentwürfe zum Maßstab unseres Handelns zu machen und
945 sie darin zu unterstützen, selbstbestimmte und selbstbewusste, gleichberechtigte Mitglieder
946 der Stadtgesellschaft zu sein, die nicht ausgegrenzt werden. Auch werden wir dafür Sorge
947 tragen, die coronabedingten sozialen Beeinträchtigungen abzubauen.

948
949 Für folgende Handlungsfelder setzen wir uns besonders ein:

950
951

952 **5.1.1 Teilhabe im Alter – mit Würde und Respekt**

953 Unser Ziel ist es, dass Menschen im Alter ein so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben
954 in ihrer vertrauten häuslichen und nachbarschaftlichen Umgebung realisieren und aktiv am
955 Leben in der Gesellschaft, an Freizeit- und Kulturangeboten usw. teilnehmen können

956

957 Wir werden

- 958 • das Konzept Altenplanung III, worin die Handlungsfelder der sog. Altenpolitik be-
959 schrieben sind, umsetzen und gemeinsam mit allen Akteur*innen weiterentwickeln.
- 960 • das Projekt „In Würde teilhaben“ verstetigen, um alte Menschen aus Vereinsamung
961 und sozialer Isolation, auch durch Corona, in das soziale Miteinander zurückzuführen,
962 und weiten den Ansatz „Gemeindeschwester 2.0“ aus, um ein niedrigschwelliges
963 Beratungsangebot in Kooperation mit den Quartieren zu erhalten.
- 964 • professionelle und ehrenamtliche Strukturen durch den Ausbau von Freiwilligen-
965 diensten und Angeboten für Alltagshilfen zusammenführen. Darunter fassen wir den
966 Ausbau bedarfsdeckender Assistenz- und Pflegeleistungen wie auch haushaltsnaher
967 Dienstleistungen. Neue Initiativen werden durch die Stadt gefördert.
- 968 • gegen Altersarmut arbeiten. Alte Menschen und ihre Angehörigen sollen ihre Rechte
969 kennen und ihre Ansprüche auf Unterstützung realisieren. Beratungsangebote wer-
970 den diesen Aspekt besonders beachten. Wir wollen finanzielle Unterstützungsmög-
971 lichkeiten offensiv und positiv kommunizieren.
- 972 • alle erforderlichen Bedingungen schaffen, dass alte Menschen in ihren eigenen vier
973 Wänden wohnen können und dabei Unterstützung finden. Dabei hat die Schaffung

974 kultursensibler Altenhilfe für uns eine besondere Bedeutung. Wir wollen quartiersbe-
975 zogene Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen. Wo das nicht gelingt, sollen
976 stationäre Angebote geschaffen werden, die den Ansprüchen der Marburger Alten-
977 hilfe genügen. Wir nehmen unsere Verantwortung zum Bundesteilhabegesetz aus-
978 drücklich wahr.

979 • in besonderer Weise solche Ansätze unterstützen, die sich dem Miteinander der Ge-
980 nerationen verpflichtet fühlen. Intergenerationelles Lernen ist eine Chance, Wissen
981 zwischen Alt nach Jung untereinander zu vermitteln. Wir bauen Möglichkeiten zu Be-
982 gegnung und Engagement sowie gemeinsamer Freizeitgestaltung weiter aus. Dabei
983 legen wir besonderen Wert auf die Begegnung der Generationen und interkulturelle
984 Vielfalt.

985

986

987 **5.1.2 Bekämpfung von Armut**

988 Armut mindert Chancen und führt zum Ausschluss aus der Gemeinschaft. Das akzeptieren
989 wir nicht. Unser Ziel ist die Verbesserung der Teilhabe-Chancen von Menschen mit gerin-
990 gem Einkommen und in Notlagen durch ergänzende kommunale Unterstützungsmaßnah-
991 men.

992

993 Wir werden

994 • konsequente Armutsbekämpfung und Förderung individueller Interessen und Res-
995ourcen betreiben sowie Angebote zur Teilhabe durch Aufklärung, niedrigschwellige
996 Beratungsangebote ausbauen. Den Stadtpass entwickeln wir zu einem Teilhabepass
997 weiter, der mehr Möglichkeiten der Teilhabe an den sozialen und kulturellen Ange-
998 boten ermöglicht.

999 • dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Marburg von den Angeboten der
1000 städtischen Kinder- und Jugendarbeit profitieren. Wir wollen prüfen, wie wir dies für
1001 Familien mit niedrigem Einkommen, die knapp über dem Stadtpass-Einkommen sind,
1002 gewährleisten können.

1003 • Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit auf Grundlage des Wohnungslosen-Hilfe-
1004 konzepts konsequent bekämpfen. Wir verbessern die Beratung und Unterstützung
1005 für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Wir setzen den Neu- und
1006 Ausbau der Obdachlosenhilfe in der Gisselberger Straße und einen Ersatzbau für
1007 das Gebäude Ginseldorfer Weg um und fördern mehr Wohnungsangebote für Woh-
1008 nungslose.

1009 • den Schutz von Frauen mit Gewalterfahrungen sicherstellen.

1010 • Obdachlose in ein Leben in Würde eingliedern durch mehr Angebote des Probewoh-
1011 nens, betreuten Wohnens und der Gesundheitsversorgung.

1012 • ein VinziDorf bauen.

1013 • einen Maßnahmenplan entwickeln, um gegen Armut in Marburg anzugehen. Wir füh-
1014 ren Armutskonferenzen durch und schaffen eine:n Armutsbeauftragte:n.

1015 • durch aufsuchende Sozialarbeit Hilfe- und Beratungsangebote ausbauen und ergän-
1016 zen. Wir erreichen die Menschen dort wo sie sind und wo sie Unterstützung benöti-
1017 gen.

1018

1019

1020 **5.1.3 Gesunde Stadt**

1021 Den vielfältigen Zusammenhängen von Armut, geringen finanziellen Möglichkeiten, Bildung,
1022 Wohnort und individueller Gesundheit setzen wir die „Gesunde Stadt“ entgegen.

1023

- 1024 Wir werden
- 1025 • für mehr präventive Gesundheitsangebote, insbesondere im Bereich Bewegung sor-
 - 1026 gen.
 - 1027 • das Gesundheitszentrum im Waldtal mit niedrighschwelligen Zugängen zur Gesund-
 - 1028 heitsversorgung etablieren und prüfen, ob hieraus ein Modell für andere Quartiere
 - 1029 entstehen kann.
 - 1030 • in zentrumsfernen Stadtteilen einen erleichterten Zugang zu u.a. medizinischer, psy-
 - 1031 chologischer und physiotherapeutischer Versorgung fördern.
 - 1032 • Gesundheitsförderung durch Gesundheitsaufklärung voranbringen.
 - 1033 • gemeinsam mit dem Landkreis ein Konzept „Health in all Policies“ entwickeln, das
 - 1034 Gesundheit als Querschnittsthema betrachtet.
 - 1035 • in allen Quartieren der Stadt vielfältige, nicht-kommerzielle Bewegungsmöglichkeiten
 - 1036 für alle Generationen schaffen.
 - 1037
 - 1038

1039 **5.1.4 Arbeit und kommunale Beschäftigungspolitik**

1040 Ausbildung und gute Arbeit sind wesentliche Voraussetzungen für die Teilhabe am gesell-

1041 schaftlichen Leben und für die Erfahrung eines Selbstwertgefühls, das Persönlichkeit stärkt.

1042

1043 Wir werden

- 1044 • den gesetzlichen bzw. tariflichen Mindestlohn bei der Stadt und ihren Tochtergesell-
- 1045 schaften garantieren und setzen uns für eine deutliche Erhöhung des gesetzlichen
- 1046 Mindestlohns ein. Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Stadt setzen
- 1047 wir einen Mindestlohn von 13 Euro um, bei städtischen Gesellschaften streben wir
- 1048 diesen an.
- 1049 • uns dafür einsetzen, dass alle jungen Menschen nach der Schule eine Aus- oder
- 1050 Weiterbildung erhalten, die zu ihnen passt. Hierfür werden wir zusammen mit Schu-
- 1051 len, Arbeitsagentur und Jobcenter, Verbänden der Wirtschaft sowie Trägern der Be-
- 1052 schäftigungsförderung bestehende Angebote ausbauen und neue Angebote umset-
- 1053 zen.
- 1054 • prüfen, wie die Vergabekriterien im Sinne sozial-ökologischer Nachhaltigkeitsziele
- 1055 weiterentwickelt werden können. Wer kommunale Aufträge erhält, soll Mitarbeiter*in-
- 1056 nen nach Tarif bezahlen, nachhaltig wirtschaften und Diskriminierung vermeiden.
- 1057 • den Anteil von Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie in der Verwaltung und
- 1058 den Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf allen Ebenen der Verwaltung erhö-
- 1059 hen.
- 1060 • inklusive, betriebsintegrierte Arbeitsplätze schaffen.
- 1061 • den Bedarf an Fachkräften für verschiedene, im Sinne der sozial-ökologischen
- 1062 Wende systemrelevante, Ausbildungs- und Studienberufe ermitteln und daran den
- 1063 Ausbau von Ausbildungskapazitäten orientieren.
- 1064 • die Reintegration von Menschen ohne Arbeit in den Arbeitsmarkt fördern und Ange-
- 1065 bote für Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen oder ihre Ausbildung
- 1066 abbrechen, ausbauen.
- 1067
- 1068

1069 **5.1.5 Sozialer Wohnungsmarkt**

1070 Die Koalition bekennt sich zum Ziel, dass für alle Menschen in Marburg bezahlbarer Wohn-

1071 raum zur Verfügung steht.

1072

1073 Wir werden

- 1074 • sicherstellen, dass mindestens 30% des neu geschaffenen Wohnraums im geförder-
1075 ten Wohnungsbau entsteht sowie daran arbeiten, dass Wohnraum für Menschen mit
1076 unterdurchschnittlichem Einkommen bezahlbar ist.
- 1077 • der Segregation im Wohnungsmarkt entgegenwirken. Sozialwohnungen bzw. geför-
1078 derter Wohnungsbau muss in allen Stadtteilen zur Verfügung stehen.
- 1079 • größere Neubauvorhaben bzw. Wohnquartiere so gestalten, dass sie nicht nur im
1080 baulichen Sinn barrierefrei sind, sondern das Zusammenleben von Menschen unter-
1081 schiedlicher Herkunft, Befähigung oder sozialem Status ermöglichen.
- 1082 • verstärkt Formen genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnens fördern,
1083 Möglichkeiten für „Tiny Häuser“ schaffen, eine dauerhafte Perspektive für den Wa-
1084 genplatz finden und nicht zuletzt für Wohnformen, die mehrere Generationen mitei-
1085 nander verbindet. Wir wollen, dass Menschen so wohnen, wie es ihren Bedürfnissen
1086 entspricht.
- 1087 • die Wohnraumberatung breit aufstellen. Dies umfasst beispielsweise Anpassung,
1088 Gewinnung, Umbau, Wechsel und „Wohnen gegen Hilfe“.
- 1089 • uns für eine solidarische, sozialverträgliche und klimaverträgliche Preisgestaltung
1090 von Strom und Wasser einsetzen. Wir wollen Stromsperrern vermeiden.

1091
1092

1093 **5.2 Lebendige Demokratie und vielfältige Stadt: für ein Miteinander ohne** 1094 **Diskriminierung, Gewalt und Rassismus**

1095 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jeder Mensch hat das Recht auf ein diskriminie-
1096 rungsfreies Leben. So steht es im Grundgesetz. Deshalb wird die Koalition alles dafür tun,
1097 dass in Marburg alle dazugehören, weil alle die gleichen Zugänge zum sozialen und kultu-
1098 rellen Leben der Stadt haben und niemand ausgeschlossen wird. Benachteiligung, Ausgren-
1099 zung, Gewalt und Hetze gegen Minderheiten und Menschen, die sich nicht wehren können,
1100 Antisemitismus und Rassismus haben in Marburg keinen Platz.

1101 Marburg ist ein Sicherer Hafen. Wir sind weiterhin bereit, geflüchtete Menschen bei uns
1102 aufzunehmen. Wir schützen Menschen, egal aus welchen Gründen sie in unsere Stadt kom-
1103 men. Wir sorgen für Integration und die bestmögliche Unterstützung in der Heimat, die Mar-
1104 burg sein soll.

1105 Marburg steht zusammen gegen Gewalt. Wir lassen keine Person allein, die durch Gewalt
1106 bedroht wird oder der Gewalt angetan wurde. Die Koalition fördert eine Zivilgesellschaft, die
1107 sich mit Courage der Gewalt entgegenstellt, egal wo sie auftritt und von wem sie ausgeht.

1108 Marburg ist ein Ort des offenen Diskurses und lebendiger Demokratie. Wir wissen um die
1109 Schwierigkeit, in einer pluralen Stadtgesellschaft mit unterschiedlichen Interessen gemein-
1110 sam die Aushandlungsprozesse zu organisieren, die Grundlage der Entscheidungen über
1111 die Zukunft unserer Stadt sind. Die Koalition setzt auf gute Beteiligung der Bürger*innen.
1112 Zugleich wollen wir die Gremien stärken, in denen sich Menschen für unsere Stadt enga-
1113 gieren. Demokratie lebt von Beteiligung. Wir setzen auf Dialog und werden zugleich daran
1114 arbeiten, demokratische Beteiligung auf allen Ebenen, für alle Generationen und für alle
1115 sozialen Gruppen in unserer Stadt zu fördern.

1116
1117

1118 **5.2.1 Lebenswerte Stadtteile, Bürger*innen-Beteiligung und Demokratieförderung**

1119 Wir werden

- 1120 • das erfolgreiche Marburger Modell der quartiersbezogenen sozialen Arbeit auf wei-
1121 tere Stadtteile übertragen, denn wir wollen lebendige und vielfältige Quartiere und
1122 Stadtteile. Damit werden die stadtweiten Angebote unterstützt und niedrigschwellig

- 1123 in die Quartiere hineingetragen. Ziel ist es, vor Ort eine städtische Anlaufstelle anzu-
1124 bieten, die Bildung von Armut- und Ausgrenzungsinseln zu verhindern, Vereinsamung
1125 zu bekämpfen, kulturelle und sprachliche Barrieren abzubauen, Vereinsarbeit
1126 zu stärken, die Ortsvorsteher zu unterstützen und die positive Entwicklung von Kom-
1127 munikation, Begegnung, Gemeinschaftsempfinden und interkultureller Verständigung
1128 im Stadtteil zu fördern. Die Einwohner*innen sollen dabei unterstützt werden, ihr
1129 Gemeinwesen zu gestalten und die sozialen Bedarfe der Stadtteile zu befriedigen.
- 1130 • die Erfahrungen mit dem Konzept der Bürger*innen-Beteiligung der letzten Jahre
1131 evaluieren und das Konzept weiterentwickeln. Dies ist Grundlage für alle Vorhaben
1132 jenseits formell vorgeschriebener Beteiligungsverfahren. Unser gemeinsames Anliegen
1133 ist die niederschwellige Beteiligung der Bürger*innen an der demokratischen Willens-
1134 bildung sowie die beständige Weiterentwicklung demokratischer Instrumente.
 - 1135 • zur direkten Beteiligung vermehrt auf Stadtteilkonferenzen, Einwohner*innen-Ver-
1136 sammlungen und andere Formate des direkten Dialogs setzen.
 - 1137 • uns bei den Wohnungsbaugesellschaften für die Einrichtung von Mieter*innen-Beiräten
1138 einsetzen.
 - 1139 • die Beteiligung des Ausländer*innen-Beirats in der Stadtgesellschaft stärken. Wir er-
1140 kennen seine wichtige Arbeit an und verstehen ihn als Stimme aller Menschen mit
1141 Zuwanderungsgeschichte.
 - 1142 • dem Behindertenbeirat ein Berichtsrecht an das Stadtparlament ermöglichen.
 - 1143 • gemeinsam mit den Ortsbeiräten wir prüfen, wie ihre vielfältige Arbeit für das Zusammen-
1144 leben in den Stadtteilen und Quartieren unterstützt werden kann.
 - 1145 • für Kinder- und Jugendliche über das KiJuPa hinaus weitere Beteiligungsmöglichkeiten
1146 schaffen, um eine bessere Beteiligung und Repräsentanz ihrer Interessen zu ermöglichen.
1147 Unser Ziel ist es, die Kinderrechte zu stärken, beispielsweise durch die
1148 Einrichtung eines Kinderbüros und einer unabhängigen Kinder- und Jugendbeauftragten-
1149 Stelle. (siehe auch Abschnitt ‚Jugendliche/Ausbildung/lebenslanges Lernen‘)
 - 1150 • in Zeiten erstarkender antidemokratischer Kräfte auf eine stabile Finanzierung für
1151 Demokratie- und Teilhabeprojekte setzen, um Marburgs lebendige Demokratie zu
1152 erhalten. Viele Menschen nehmen nicht an den demokratischen Prozessen teil. Wir
1153 wollen Demokratie stärken, die Strukturen gegen Rechts ausbauen und finanziell fördern.
1154 Dazu gehören außerschulische Bildungsangebote, Extremismusprävention,
1155 eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Marburger Burschenschaften,
1156 sowie ein Exit-Programm zum Ausstieg aus rechten Strukturen.
 - 1157 • das Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – gegen Rassismus, Ausgrenzung
1158 und Demokratiefeindlichkeit“ fortsetzen.
 - 1159 • uns für ein Wahlalter ab 16 Jahren auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund) einsetzen.
1160

1161
1162

1163 **5.2.2 Barrierefreiheit und Inklusion**

1164 Barrierefreiheit in Bezug auf bauliche, visuelle und kommunikative Faktoren und Inklusion
1165 ist für uns Querschnittsprinzip, das auf allen Ebenen Anwendung findet. Teilhabemaßnahmen,
1166 die Planung des Sozialraums und die Entwicklung von Hilfestrukturen sollen in Kooperation
1167 mit und unterstützt durch den Behindertenbeirat, den Seniorenbeirat und anderer Betroffenen-
1168 Gremien und Verbände umgesetzt werden. Unser Ziel ist es, die Bedarfe von Menschen mit
1169 Behinderung in den Blick zu nehmen und dabei vor allem peerzentrierte Angebote zu stützen
1170 und auch „unsichtbare“ Behinderungen sowie chronische Erkrankungen zu fokussieren.
1171

- 1172 Wir werden
- 1173 • die Barrierefreiheit in Marburg für Menschen mit geistigen Behinderungen, Entwick-
1174 lungsstörungen und Demenzerkrankungen stärken. Wir sorgen für mehr Orientierung
1175 und Verständlichkeit.
 - 1176 • an einer umfassenden Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Strukturen
1177 arbeiten: Von Sanitäreinrichtungen über Wegenetze, von Wohnungen (insbesondere Neu-
1178 bauten) bis hin zu Bus- und Bahnhaltstellen sowie den ÖPNV insgesamt.
 - 1179 • die barrierefreie Kommunikation mit den Behörden, unter anderem durch Gebärden-
1180 dolmetscher*innen und vermehrtem Einsatz von leichter Sprache verbessern. Zudem
1181 bauen wir die barrierefreie Internetpräsenz der Stadt aus.
 - 1182 • das Projekt „Sicher und selbstbestimmt für Hessen“ (Suse) fortsetzen, um Hilfe bei
1183 Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen leisten zu können.
 - 1184 • die Voraussetzungen für inklusive Beschulung und Teilhabeassistenzen schaffen
1185 und die Leistungen aus dem Bundesteilhabegesetz („Ergänzende unabhängige Teil-
1186 habeberatung“) sowie die Leistungserbringer, bspw. Träger von Diensten und Ein-
1187 richtungen, sichern. Wir schreiben den Aktionsplan zur Umsetzung fort.
 - 1188 • das Teilhabeprogramm für Mädchen mit Behinderungen ausbauen und in ausrei-
1189 chendem Maß intersektionale Beratungskapazitäten etablieren.
 - 1190 • die Kinder- und Jugendhilfe weiterhin bei der Öffnung für alle Kinder mit und ohne
1191 Beeinträchtigungen unterstützen.

1192
1193

1194 **5.3 Geschlechter-Gleichstellung**

1195 Gerade für Frauen stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oft eine besondere
1196 Herausforderung dar. Um echte Chancengleichheit zu ermöglichen, wollen wir auch auf
1197 wirtschaftlicher und politischer Ebene ansetzen, um die Lücke zwischen den Geschlechtern
1198 zu schließen.

1199

1200 Wir werden

- 1201 • eine städtische Vereinbarung zur Frauenquote in städtischen Gremien und Aufsichts-
1202 räten in Unternehmen mit städtischer Beteiligungen treffen. Überall dort, wo dies
1203 möglich ist, verknüpfen wir städtische Förderung mit dem Prinzip der Geschlechter-
1204 gerechtigkeit und prüfen, wie eine gendersensible und gleichstellungsorientierte Auf-
1205 tragsvergabe umgesetzt werden kann.
- 1206 • die Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle in der Verwaltung und in allen städtischen
1207 Gesellschaften fördern. Wir wollen, dass mehr Männer in Teilzeit arbeiten sowie Er-
1208 ziehungsurlaub nehmen und unterstützen sie darin. Außerdem bieten wir verwal-
1209 tungsinterne Fortbildungen und Beratungen zur Alterssicherheit, Angebote von Teil-
1210 zeitarbeit, Wiederaufstockungsmöglichkeiten, und Elternzeit (auch für den unteren
1211 Gehaltsrand) an. Als Projekt der Öffentlichkeitsarbeit soll ein Equal-Pay-Preis ausge-
1212 lobt werden.
- 1213 • bei Ausbildung, Neueinstellung und beruflichem Aufstieg in der Stadtverwaltung und
1214 den städtischen Gesellschaften für Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung
1215 sorgen.
- 1216 • das Empowerment von Frauen, etwa in Frauenprojekten und Institutionen, stärken.
- 1217 • uns gesellschaftlich für die Aufwertung von Tätigkeiten einsetzen, die vorwiegend
1218 von Frauen ausgeübt werden, bspw. im Reinigungsbereich, der Pflege, der Kinder-
1219 betreuung und der sozialen Arbeit.

- 1220 • als familienfreundliche Stadt die Teilhabe von Familien weiter verbessern. In Zukunft
1221 wollen wir den Blick stärker auf Betreuung während ehrenamtlicher Tätigkeit im All-
1222 gemeinen sowie städtischer Veranstaltungen im Besonderen richten. Dazu entwi-
1223 ckeln wir ein tragfähiges Konzept bestehend aus Betreuungsangeboten und -zu-
1224 schüssen bei städtischen Veranstaltungen, Gremien und im Ehrenamt nebst einer
1225 grundsätzlichen Prüfung von Veranstaltungen auf Geschlechtergerechtigkeit und mit-
1226 telfristig angepassten Sitzungszeiten. Die Unterstützungsangebote für Alleinerzie-
1227 hende sowie pflegende Angehörige sollen ausgebaut werden.

1228
1229

1230 **5.3.1 Unterstützung für Belange von LSBTIQ***

1231 Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität treten wir mit Auf-
1232 klärung und Selbststärkung der Betroffenen entgegen. Unser Ziel ist die gleichberechtigte
1233 Stellung und Sichtbarkeit von Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und
1234 queeren Menschen (LSBTIQ*) im öffentlichen Leben. Wir wollen Schutzräume unterstützen,
1235 Präventions- und Interventionsmöglichkeiten eröffnen und das Schweigen über geschlech-
1236 ter- bzw. sexualitätsbezogene Diskriminierung brechen.

1237

1238 Wir werden

- 1239 • Kompetenzen und Kapazitäten für Hilfs- und Beratungsangebote LSBTIQ*-Personen
1240 ausbauen.
- 1241 • das queere Zentrum unterstützen.
- 1242 • aktiv dafür werben, dass der Christopher-Street-Day für Mittelhessen regelmäßig in
1243 Marburg stattfindet.
- 1244 • Gender und Sexualität in Konzepten für Jugendhilfeeinrichtungen berücksichtigen
1245 und Fort- und Weiterbildungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen durchfüh-
1246 ren, insbesondere in den Bereichen Jugend und Einwohner*innenmeldeamt. Wir för-
1247 dern die kontinuierliche und strukturelle Sensibilisierung städtischer Einrichtungen
1248 und freier Träger für die Bedarfe insbesondere vulnerabler Gruppen innerhalb der
1249 LSBTIQ*-Community. Dies wollen wir gemeinsam mit der Marburger LSBTIQ*- Com-
1250 munity entlang ihren Bedürfnissen entwickeln.

1251

1252

1253 **5.3.2 Prävention und Intervention bzgl. geschlechtsbezogener Gewalt**

1254 Wir werden

- 1255 • die Zusammenarbeit verschiedener Akteure zur Gewaltprävention fortsetzen.
- 1256 • prüfen, ob ein Preis für couragiertes Verhalten geeignet ist, vorbildhaftes Verhalten
1257 anzuerkennen und sichtbar zu machen.
- 1258 • zur Gewalt- und Drogenprävention für junge Menschen anstelle einer Verbots- und
1259 Kriminalisierungspolitik auf Streetworker, niedrigschwellige Beratungsangebote so-
1260 wie dezentralisierte Angebote für Aufenthaltsorte und Freizeitgestaltung setzen.
- 1261 • zur Minderung von Konflikten im öffentlichen Raum das Projekt der „Freundlichen
1262 Uffbasser“ starten, mit dem auch die Zivilgesellschaft Verantwortung für das Mitei-
1263 nander übernimmt.
- 1264 • wirksame Unterstützung für Frauen bieten, die von Gewalt bedroht sind und fördern
1265 alle Initiativen, die sich hierfür einsetzen. Unser Ziel ist es, Gewalt gegen Frauen
1266 sichtbar zu machen und fortwährend zu thematisieren.
- 1267 • zur Erfüllung der Istanbul-Konvention in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Mar-
1268 burg-Biedenkopf die Infrastruktur zum Schutz von Frauen ausbauen. Das Frauen-
1269 haus muss seine Hilfen auch in Zukunft bedarfsgerecht gestalten können.

- 1270 • Beratungs- und Hilfsangebote für alle von Gewalt betroffenen Menschen ausweiten.
1271 Wir wollen auf die besonderen Bedarfe von Frauen, queeren Menschen, marginali-
1272 sierten Gruppen und Betroffenen von Mehrfachdiskriminierungen eingehen und Be-
1273 ratungs- und Hilfsangebote ausbauen und Schutzräume schaffen.
1274
1275

1276 **5.4 Antidiskriminierung und Antirassismus**

1277 Wir werden

- 1278 • die Arbeit des Antidiskriminierungsnetzwerks Mittelhessen stärken und bauen die Be-
1279 ratungsangebote in Marburg für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus
1280 betroffen sind, weiter aus. Dazu evaluieren wir Bedarfe und passen daran auch die
1281 bestehende Arbeit der Antidiskriminierungsstelle in Marburg an. Dabei legen wir ei-
1282 nen Fokus auch auf Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus.
1283 • Präventionsangebote gegen Rassismus und Diskriminierung unterstützen.
1284 • eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung von Marburger*innen
1285 im Alltag und Institutionen beauftragen.
1286 • die Auseinandersetzung mit Rassismus und rassistischer Gewalt auch im Stadtbild
1287 öffentlich sichtbar machen.
1288 • marginalisierte Gruppen darin unterstützen, selbstverwaltete Räume zu schaffen und
1289 sich zu empowern.
1290 • die Einstellung von mehr Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwal-
1291 tung sowie ihren Tochtergesellschaften fördern. Selbiges Engagement erwarten wir
1292 von Initiativen und Einrichtungen, die von städtischen Fördermitteln profitieren.
1293 • die nachhaltige Kompetenz der Verwaltung stärken und die Beratungsangebote der
1294 städtischen Gesellschaften weiter ausbauen, um mit den Chancen einer diversen
1295 Stadtgesellschaft umzugehen.
1296

1297 **5.5 Migration, Flucht und Integration**

1298 Die Vielfalt der Menschen und Kulturen in Marburg bedeutet eine große Bereicherung für
1299 unsere bunte und weltoffene Stadt. Wir wollen, dass alle Menschen sich in unserer Stadt zu
1300 Hause fühlen, unabhängig davon, wie viele Generationen ihrer Vorfahren schon in Marburg
1301 gelebt haben. Daher verstehen wir Integration als eine Aufgabe, die von der ganzen Gesell-
1302 schaft zu leisten ist und insbesondere Anforderungen an die Mehrheitsgesellschaft richtet.
1303

1304 Wir werden

- 1305 • insbesondere den Spracherwerb auch von schwer zu erreichenden Gruppen unter-
1306 stützen und verstärken Übersetzungs- und Dolmetscherangebote im Kontakt mit der
1307 Stadtverwaltung. Integration bedeutet Chancengleichheit in allen Lebensbereichen,
1308 insbesondere gleiche Bildungschancen, gleiche Chancen auf dem Ausbildungs- und
1309 Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt. Dies wollen wir immer besser sicherstel-
1310 len.
1311 • die Integration in den Stadtteilen gemeinsam mit den lokalen Strukturen, Vereinen
1312 und Institutionen fördern. Unsere Förderung von ehrenamtlichen Strukturen und Trä-
1313 gern soll einen besonderen Fokus auf integrative Begegnungs- und Teilhabemög-
1314 lichkeiten legen.
1315 • in der säkularen Stadt die uneingeschränkte Glaubensfreiheit befördern und unter-
1316 stützen alle Religionsgemeinschaften, Organisationen und Initiativen, die sich für Di-
1317 alog und Miteinander in der Stadt einsetzen. Wir fördern die Sichtbarkeit jüdischen

1318 Lebens in der Stadt und unterstützen die Islamische Gemeinde darin, dass ihre Mo-
1319 schee zu einem lebendigen Ort des Dialogs für alle wird. Wir befürworten die Ent-
1320 wicklung von Sozialwerken auch dieser Religionsgemeinschaften und wollen die Kul-
1321 tursensibilität in allen sozialen Angeboten verstärken.

1322 • Menschen, die ihre Heimat durch Flucht verlassen müssen, in Marburg willkommen
1323 heißen und ihnen alle notwendige und respektvolle Unterstützung bieten. Wir fordern
1324 weiterhin das Recht ein, mindestens 200 geflüchtete Menschen über die zugewiese-
1325 nen Kontingente hinaus in Marburg aufnehmen zu können. Wir setzen uns für die
1326 Verbesserung von Bleibeperspektiven ein und fordern ein eigenes kommunales Auf-
1327 nahmerecht.

1328
1329

1330 **5.6 Katastrophenschutz und Lebensrettung**

1331 Die Leistungsfähigkeit der Marburger Feuerwehr basiert auf einem herausragenden ehren-
1332 amtlichen Engagement, das wir nachhaltig unterstützen werden.

1333 Die Partner*innen vereinbaren die Umsetzung der Maßnahmen des Feuerwehrbedarfs- und
1334 Entwicklungsplans 2019-2028 unter besonderer Berücksichtigung der Widerstandsfähigkeit
1335 der Feuerwehr als Gesamtheit. Dazu gehören Reservestrukturen und Standorte, die auch
1336 in Krisensituationen (vgl. die Flutkatastrophe Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen) den
1337 Brandschutz, bürgerliches Engagement und städtische Sicherheitspartnerschaften gewähr-
1338 leisten sollen.

1339 Um der personellen Fluktuation von Fachpersonal innerhalb des Fachdiensts Brandschutz
1340 entgegenzuwirken, soll im kommenden Jahr ein zukunftsfähiger und konkurrenzfähiger
1341 Schichtplan für die hauptamtlichen Einsatzkräfte des Fachdienstes (FD) 37 entwickelt wer-
1342 den. Dabei sollen die Interessen des ehrenamtlichen Personals hinreichend gewürdigt wer-
1343 den.

1344 Alle Dienste im Katastrophenschutz und der Lebensrettung sind auf zahlreichen und moti-
1345 vierten Nachwuchs angewiesen. Deshalb werden wir auch hier die Nachwuchsförderung
1346 noch einmal verstärken. Wir setzen uns dafür ein, dass der hessenweite Schulungsstandort
1347 der DLRG dauerhaft in Marburg bleibt.

1348

1349 **6 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen**

1350 Marburgs Stadtentwicklung der Zukunft wollen wir integriert und dem Prinzip der sozial-
1351 ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet gestalten. Eine integrierte Entwicklungsplanung soll
1352 bestehende Konzepte und Projektionen und die Perspektiven aus den Quartieren und Stadt-
1353 teilen zusammenführen. In einem breiten Beteiligungsprozess wollen wir die Visionen, Leit-
1354 linien und Ziele für das Leben in unserer Stadt entwickeln und diese räumlich eingeordnet
1355 darstellen.

1356 Wir engagieren uns besonders in der integrierten, sozialen, bezahlbaren und ökologisch
1357 nachhaltigen Schaffung von Wohnraum. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und es
1358 bedarf gerade auch in einer wachsenden Universitätsstadt und einem Oberzentrum wie
1359 Marburg Antworten auf die vielfältigen Wohnbedürfnisse der Menschen, die in unserer Stadt
1360 leben oder die in ihr leben möchten. Dabei steht insbesondere die Bezahlbarkeit des Woh-
1361 nens im Vordergrund.

1362 Dabei orientieren wir uns am Klimanotstand und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2030 so-
1363 wie den „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.
1364 Dies setzen wir konsequent in unser politisches Handeln um. Im Rahmen konkreter Pla-
1365 nungsverfahren wollen wir den Biotop-, Natur- und Artenschutz in besonderer Weise be-
1366 rücksichtigen.

1367 **6.1 Stadtentwicklung**

1368 Wir streben eine sozial-ökologische und klimaneutrale Stadtentwicklung für Marburg an.
1369 Dazu wollen wir den Grad der Flächenversiegelungen in Marburg vermindern. Dies wird am
1370 Bodenverbrauch pro Kopf bemessen. Bei neuen Bebauungsplänen sind daher geeignete
1371 Festsetzungen zu treffen, um den Umfang der Flächenversiegelung zu mindern. Instru-
1372 mente zur Verhinderung von vollversiegelten öffentlichen und privaten Freiflächen werden
1373 wir bau- und ordnungsrechtlich prüfen und im Rahmen einer Entsiegelungsplanung das
1374 Ausmaß der Flächenversiegelung bemessen werden. Auf Basis vorhandener Daten ergrei-
1375 fen wir nach Möglichkeit Maßnahmen und initiieren Förderprogramme.

1376 Im Rahmen einer interaktiven Online-Plattform sollen vorhandene Fördermöglichkeiten und
1377 Informationen über Beratungsangebote für klimaneutrales Bauen und Sanieren nied-
1378 rigschwellig zugänglich gemacht werden.

1379 Bei Grundstücksvergaben und planungssichernden Verträgen werden wir im Rahmen von
1380 Neubauvorhaben eine Maximalemission CO₂/m² und Jahr vereinbaren. Dabei berücksichti-
1381 gen wir ausdrücklich die Nutzung nachhaltiger Baustoffe prüfen und entsprechende Förder-
1382 möglichkeiten.

1383 Die Koalition setzt sich auch bei denkmalgeschützten Gebäuden wie insbesondere dem
1384 Ensemble der Marburger Oberstadt für eine energetische Optimierung des Gebäudebe-
1385 stands ein. Dabei tragen Quartierskonzepte dazu bei, Belange des Denkmalschutzes und
1386 des Klimaschutzes angemessen zu berücksichtigen.

1387 In Bebauungsplänen sollen Festsetzungen mit dem Ziel der maximalen PV-Nutzung sowie
1388 zur Dach- und Fassadenbegrünung getroffen werden. Zwecks Umsetzung im Rahmen von
1389 Bauvorhaben ist eine Förderung, ggf. in Ergänzung zu bestehenden Fördermöglichkeiten,
1390 zu prüfen.

1391 Bei Bauvorhaben wollen wir in Planung und Ausführung den Biotop- und Artenschutz in
1392 besonderer Weise berücksichtigen und einen hohen Grünflächenanteil in der Bauleitpla-
1393 nung festlegen. Zusätzlich beziehen wir die umgebenden Lebensräume in einem vorge-
1394 schalteten Planungsverfahren ein, um so mögliche negative Folgewirkungen für wertvolle
1395 Habitate und bedrohte Tiere und Pflanzen schon im Vorfeld zu ermitteln und verhindern. Wir
1396 möchten zudem Ausgleichsmaßnahmen über das gesetzlich notwendige Maß hinaus för-
1397 dern und bei öffentlichen Bauvorhaben auch festschreiben.

1398 Bestehende Bebauungspläne sollen sukzessive auf Aktualität und Zukunftsfähigkeit geprüft
1399 und in Bezug auf Klimaschutz- und sonstige Aspekte aktualisiert werden.

1400 Die Grünflächen in der Stadt sind wichtig für Freizeit und Erholung und fördern das verant-
1401 wortungsvolle Miteinander und die gegenseitige Rücksichtnahme. Wir wollen mit diesen
1402 schonend umgehen und diese gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort weiterentwickeln
1403 und deren Qualität erhöhen.

1404 Für den Richtsberg als größten Stadtteil Marburgs erarbeiten wir ein Konzept von Grün-,
1405 Freizeit- und gemeinschaftlichen Flächen. Wir unterstützen das Konzept von gemeinschaft-
1406 lichen und interkulturellen Gärten und entwickeln es auch in anderen Stadtteilen weiter
1407 (siehe auch Abschnitt ‚Mehr Grün in Marburg‘).

1408

1409

1410 **6.2 Innenentwicklungspotenziale aktivieren**

1411 Um einen Überblick über noch vorhandene Innenentwicklungspotenziale zu erhalten, soll
1412 ein Leerstands- und Freiflächenkataster auf Grundlage des bestehenden Geoinformations-
1413 systems der Stadt bzw. zu dessen Ergänzung geschaffen werden. Die zentrale Erfassung
1414 von Leerständen ermöglicht auch eine zielgerichtete Entwicklungsplanung für Infrastruktur
1415 und Sozialressourcen. Wir koordinieren uns mit anderen Kommunen, die bereits Be-
1416 schlüsse zur Erfassung und Vermeidung von Leerstand gefasst haben.

1417 Die verbliebenen Potenziale zur Innenverdichtung, seien es unbebaute oder leerstehende
1418 Grundstücke, gilt es unter Berücksichtigung der Bedürfnisse nach Grün- und Freiflächen im
1419 Innenbereich nach Möglichkeit zu entwickeln. Die neugeschaffenen, vielfältigen Möglichkei-
1420 ten des Baulandmobilisierungsgesetzes wollen wir dazu nutzen.

1421 Darüber hinaus gestalten wir zur Reduzierung von Flächenversiegelungen im Innenbereich
1422 und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum die Aufstockung bestehender Wohn- und
1423 Gewerbegebäude (z.B. Supermärkte) aktiv mit und initiieren ein entsprechendes Förderpro-
1424 gramm.

1425 Die Möglichkeiten der Städtebauförderprogramme von Bund und Land sind vielfältig und in
1426 Marburg erprobte Praxis. Wir wollen uns weiterhin darum bemühen, Mittel aus diesen Pro-
1427 grammen zu erhalten und zur Aktivierung und Stärkung unserer Stadt und ihrer Quartiere
1428 beitragen.

1429
1430

1431 **6.3 Planungsziele Hasenkopf und Oberer Rotenberg**

1432 Die Entwicklung der Baugebiete am Hasenkopf und am Oberen Rotenberg setzen wir fort.
1433 Wir wissen, dass neue Entwicklungsflächen in besonderer Weise mit Fragen der Klimage-
1434 rechtigkeit konfrontiert sind. Dies findet Berücksichtigung in unseren Entscheidungen.

1435 Mit dem Baugebiet am Hasenkopf stellen wir uns der Verantwortung zur Schaffung neuen
1436 Wohnraums in ökologischer Verantwortung. Wir werden zeigen, dass auch größere Bauge-
1437 biete umgesetzt werden können, die zugleich den Anforderungen nach zeitgerechtem
1438 Bauen und Wohnen und der Klimagerechtigkeit entsprechen. Das soll Vorbildcharakter über
1439 die Grenzen von Marburg hinaus haben.

1440 Mit dem Entwicklungsgebiet am Hasenkopf wollen wir zugleich den Stadtwald als eigen-
1441 ständigen Stadtteil weiterentwickeln und die nachhaltige Infrastruktur für eine Nahversor-
1442 gung im Quartier sicherstellen. Die mit der Schaffung zusätzlichen Wohnraums verbundene
1443 Herausforderung verkehrlicher Belastungen werden wir im laufenden Planungsprozess lö-
1444 sen. Dabei setzen wir weiterhin auf eine breite Bürger*innen-Beteiligung.

1445 Am Oberen Rotenberg werden wir die bereits beschlossene Entwicklung ermöglichen. Ob
1446 weitere Überlegungen zur Wohnbebauung umgesetzt werden, machen wir von der Klima-
1447 folgen-Abschätzung sowie dem absehbaren Bedarf und möglichen Alternativen zur Schaf-
1448 fung neuen Wohnraums abhängig.

1449

1450 Das Baugebiet am Hasenkopf binden wir unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrs-
1451 lage in Ockershausen, bei der netto kein weiterer MIV entstehen soll, in ein gesamtstädti-
1452 sches Verkehrskonzept ein. Den Bau neuer Straßen zum Zwecke der Anbindung schließen
1453 wir aus. Um das Baugebiet klimafreundlich zu gestalten, soll neben ökologischen Baumateri-
1454 alien auch eine klimaneutrale Energieversorgung erfolgen. Die Flächeninanspruchnahme
1455 werden wir auf die zur Realisierung des präferierten städtebaulichen Entwurfs nötige be-
1456 grenzen. Auch schließen wir eine spätere Flächenerweiterung des Baugebiets aus. Aus na-
1457 turschutzfachlichen Gründen soll der Biotopverbund zwischen Marburger Rücken und All-
1458 natal gestärkt werden, indem in diesem Bereich, über die notwendigen Ausgleichsflächen
1459 hinaus, Flächen zu diesem Zweck entwickelt werden.

1460

1461

1462 **6.4 Weiterentwicklung unserer Außenstadtteile**

1463 Leerstehende und untergenutzte Liegenschaften in den Stadtteilen wollen wir vermeiden
1464 und für die Wohnraumschaffung aktivieren. Wir streben eine Baulandentwicklung in Mar-
1465 burg an, die bedarfsgerecht den vielfältigen Wohnbedürfnissen in Marburg Rechnung trägt.
1466 Neubaugebiete im Außenbereich sind als Ergänzung zu bestehenden Siedlungsstrukturen

1467 und zur Schaffung bezahlbarer und barrierefreier Miet- und Eigentumswohnungen in unter-
1468 verschiedenen Bautypologien (Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäuser) zu entwickeln.
1469 Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf Reihen- und Mehrfamilienhäuser. Eine Sied-
1470 lungsentwicklung soll prioritär dort stattfinden, wo eine gute Verkehrsanbindung durch eine
1471 günstige räumliche Relation von Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandorten gewährleistet oder
1472 herstellbar ist. Hierzu gehört insbesondere eine bestehende und zukünftige Anbindung an
1473 den ÖPNV sowie eine zwingende Einbeziehung des Radverkehrs. Außerdem möchten wir
1474 die Nahversorgung in den Quartieren und Stadtteilen sicherstellen und verbessern. Wir wol-
1475 len wohnortnahe Versorgung, auch für Güter des täglichen Bedarfs und für die Gesund-
1476 heitsfürsorge.

1477
1478

1479 **6.5 Liegenschaftspolitik**

1480 Wir wollen als Stadt eine aktive Bodenpolitik betreiben, um preisdämpfende Wirkungen auf
1481 dem Bodenmarkt zu erzielen und politische Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten.

1482 Damit wollen wir auch die Steuerungsfähigkeit der Stadt in der Baulandentwicklung sowohl
1483 für Wohnraum als auch für Gewerbeflächenentwicklung deutlich verbessern. Das gelingt
1484 wirksam nur, wenn die Stadt oder eine ihrer Tochtergesellschaften selbst Eigentümer grö-
1485 ßerer, zu entwickelnder Flächen ist. Dazu wollen wir eine aktive Bodenpolitik durch Ankauf
1486 von Grundstücken zum Zweck der Baulandentwicklung wie zum Nachweis von Ausgleichs-
1487 flächen betreiben. Für diese langfristig angelegte Bodenbevorratung möchten wir ein Finan-
1488 zierungskonzept entwickeln. Wir werden schrittweise erreichen, dass Bebauungspläne für
1489 größere Flächen, insbesondere im Rand- und Außenbereich, nur dann aufgestellt werden,
1490 wenn die Stadt oder eine ihrer Tochtergesellschaften mindestens einen erheblichen Anteil
1491 am Grundbesitz selbst hält. So kann die Bodenpreisentwicklung ebenso gesteuert werden
1492 wie die Nutzungsformen, die konkrete Gewerbeansiedlung und die Umsetzung der unver-
1493 zichtbaren Anforderungen an klimagerechte Entwicklung. Dabei werden wir insbesondere
1494 für den Wohnungsbau Modelle entwickeln, wie bezahlbarer Baugrund für Familien und Ge-
1495 werbeansiedlungen über Erbpacht geregelt werden kann, so dass die Handlungsspielräume
1496 zukünftiger Generationen erhalten bleiben. Deshalb wollen wir Flächenprivatisierungen im
1497 Grundsatz vermeiden. Die Regeln zur Verpachtung städtischer landwirtschaftlicher Flächen
1498 wollen wir sozial-ökologisch weiterentwickeln. Die Einhaltung der existierenden Regelungen
1499 zur ökologischen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen in städtischem Eigentum soll
1500 verstärkt kontrolliert werden. Ökologische und solidarische (Land-)Wirtschafts- und Wohn-
1501 formen sollen bei der Verpachtung städtischer Flächen eine besondere Berücksichtigung
1502 erfahren.

1503 Die Vergabe städtischen Baulandes soll verstärkt auf dem Wege der Konzeptvergaben er-
1504 folgen, um sozialen und ökologischen Kriterien bei der Grundstücksvergabe einen zentralen
1505 Stellenwert einzuräumen und Innovationen zu fördern.

1506
1507

1508 **6.6 Gewerbeflächenentwicklung**

1509 Marburg ist ein überregional bedeutender Wirtschaftsstandort, der nicht nur für die Einwoh-
1510 ner*innen Jobperspektiven bietet. Mit der Gewerbeflächenentwicklung werden wir uns auch
1511 künftig unserer Verantwortung für die Weiterentwicklung der gesamten Region stellen. Dazu
1512 gehören gleichermaßen arbeitsortnaher Wohnraum, eine sinnvolle Standortentwicklung und
1513 die Unterstützung von Unternehmen bei der Standortansiedlung. Daher unterstützen wir
1514 den Masterplan Behring-Werke und helfen bei der Umsetzung der nächsten Schritte.

1515 Die Ansiedlungs- und Flächenentwicklungspolitik gilt es im Sinne sozial-ökologischer Nach-
1516 haltigkeit kriteriengeleitet und unter Einbindung der Bevölkerung zu gestalten, um optimale

1517 Rahmenbedingungen für unsere heimische Wirtschaft und ihre Beschäftigten zu ermögli-
1518 chen.

1519 Dazu wollen wir Vergabekriterien für städtische Gewerbegrundstücke entwickeln, die neben
1520 einer ökologisch nachhaltigen Flächengestaltung, Mitbestimmung der Beschäftigten und
1521 Tarifbindung, die Arbeitsplatzintensität sowie regionale und klimaschonende Produktions-
1522 prozesse und Modelle der Kreislaufwirtschaft berücksichtigen.

1523 Wir wollen den Flächenverbrauch von Gewerbeansiedlungen durch flächenschonende Be-
1524 bauungs- und Mobilitätskonzepte verringern und dies in künftigen Planungsverfahren er-
1525 möglichen. Neben einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung neuer Gewerbeflächen auf
1526 Grundlage des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts und des Regionalplans Mittelhessen
1527 beinhaltet dies Maßnahmen zur Aktivierung bereits versiegelter Flächen und der Ermögli-
1528 chung von gemischten Nutzungen im Innenbereich und damit funktionsgemischter Quar-
1529 tiere. Dazu wollen wir eine Flächenbedarfsanalyse auf Basis der vorhandenen Datenlage
1530 durchführen, um eine bessere Planbarkeit der künftigen Gewerbeflächenentwicklung zu er-
1531 reichen.

1532 Wir wollen verstärkt interkommunale Ansätze der Gewerbeflächenentwicklung mit unseren
1533 Nachbargemeinden verfolgen, um Standortkonkurrenzen abzubauen und den Flächenver-
1534 brauch zu vermindern. Wir setzen uns dabei für eine ökologisch nachhaltige Flächengestal-
1535 tung ein.

1536 Die Koalition bekennt sich zum Pharmastandort Marburg und seiner Zukunft. Die Weiterent-
1537 wicklung der Standorte wollen wir unter besonderer Berücksichtigung einer nachhaltigen
1538 Flächenentwicklung, einem integrierten Wassermanagement und der Lebensqualität der
1539 Menschen in den umliegenden Stadtteilen vorantreiben.

1540
1541

1542 **6.7 Sozial-ökologisches Bauen und bezahlbares Wohnen**

1543 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Die Mieten und die Preise für Bau-
1544 land haben in Marburg ein hohes Niveau erreicht, welches es vielen Menschen zunehmend
1545 erschwert, in unserer Stadt bezahlbar zu wohnen, sei es zur Miete oder im Eigentum.

1546 Grundlegendes Ziel unserer Bau- und Wohnungspolitik ist es, die Bezahlbarkeit des Woh-
1547 nens zu verbessern. Dazu streben wir eine Absenkung des Mietniveaus, mindestens aber
1548 kein weiteres Anwachsen, sowie eine Dämpfung der Preisentwicklung für Baugrundstücke
1549 an. Einen besonderen Bedarf sehen wir im Mangel an geförderten Wohnungen. Den Be-
1550 stand geförderter Wohnungen wollen wir deutlich erhöhen.

1551 Wesentliche Datengrundlage für die Siedlungspolitik in Marburg ist die im Jahr 2015 erstellte
1552 Wohnraumbedarfsanalyse. Diese wollen wir fortschreiben, um bedarfsgerecht Wohnraum-
1553 schaffung in unserer Stadt zu ermöglichen.

1554 Für die Universitätsstadt Marburg wird gemäß der Rechtslage auf Bundesebene verlangt,
1555 einen Mietspiegel einzuführen. Wir wollen dies im Rahmen eines qualifizierten Mietspiegels
1556 umsetzen.

1557
1558

1559 **6.7.1 Bezahlbares Wohnen in unseren Quartieren**

1560 Mit Hilfe von Milieuschutz bzw. Sozialen Erhaltungssatzungen wollen wir in den innerstädti-
1561 schen Quartieren Verdrängung und Gentrifizierung entgegenwirken, wo dies auf Grundlage
1562 einer Milieustudie möglich ist. Im Interesse einer gemischten Sozialstruktur wenden wir den
1563 Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen an, der
1564 sich aus dem Milieuschutz ergibt. Gleiches gilt bei der Prüfung und ggf. Umsetzung von
1565 durch den Milieuschutz begründbarer Vorkaufsrechtsausübungen.

1566 Wir wollen den Anteil geförderter Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen in
1567 Marburg weiter erhöhen. Als ein Instrument dazu wird die existierende Quote auf 30% er-
1568 höht und um eine Quotenregelung für Wohnungen für Menschen mittleren Einkommens er-
1569 gänzt. Die Quotenregelungen sollen dabei sowohl bezogen auf die Anzahl der zu schaffenden
1570 Wohneinheiten als auch in Bezug auf die Gesamtgröße der zu schaffenden Wohnfläche
1571 zur Anwendung kommen können. Auf die Einhaltung dieser Quoten legen wir ein besonde-
1572 res Augenmerk, um die soziale Durchmischung unserer Quartiere zu ermöglichen. Zum
1573 Zweck des Erhalts und zur Schaffung von geförderten Wohnungen sollen mit Hilfe entspre-
1574 chender Fördermöglichkeiten des Landes Belegungsrechte angekauft werden.

1575 Wir unterstützen die Schaffung und Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum für Studie-
1576 rende und Auszubildende in unseren Stadtquartieren. Das Studentenwerk und auch das
1577 Klinikum sind neben anderen Akteuren unsere wichtigsten Partner zur Zielerreichung. Dabei
1578 wollen wir die Selbstverwaltung des Wohnraums unterstützen.

1579

1580

1581 **6.7.2 Öffentliche, genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnraumversor-** 1582 **gung stärken**

1583 Im Rahmen der Wohnraumentwicklung sollen öffentliche und genossenschaftliche Träger
1584 sowie gemeinschaftliche Wohnformen eine besondere Berücksichtigung erfahren.

1585 Insbesondere die GeWoBau sehen wir als zentralen Akteur für eine sozial-ökologische
1586 Wohnraumversorgung in unserer Stadt an. Zur Bewältigung ihrer Aufgaben wollen wir sie
1587 sukzessive mit mehr Finanzmitteln ausstatten. Wir sehen in unserer GeWoBau ein zentrales
1588 Instrument zur Schaffung weiterer geförderter Wohnungen und wollen hier dauerhaft be-
1589 zahlbare Mieten sowohl im Bestand als auch im frei finanzierten und geförderten Neubau
1590 gewährleisten (siehe auch Abschnitt ‚Sozialer Wohnungsmarkt‘).

1591

1592 Wir werden

- 1593 • im öffentlich geförderten Wohnungsneubau eine Deckelung der Kaltmieten einfüh-
1594 ren. Die Neubaumieten sollen bei Erstbezug im ersten Jahr 1,00 Euro/m² unter der
1595 Bewilligungsmiete liegen. Dafür wird ein Aufwendungszuschuss für die Dauer von 10
1596 Jahren gezahlt.
- 1597 • bei den Bestandswohnungen der GeWoBau eine Deckelung der Kaltmieten ver-
1598 gleichbar mit dem Niveau geförderter Wohnungen einführen. Ein Preismodell ist sei-
1599 tens der GeWoBau zu entwickeln.
- 1600 • die Selbstfinanzierungsfähigkeit der GeWoBau gewährleisten.

1601

1602 Die Zusammenarbeit mit regionalen Wohnungsbaugenossenschaften sowie der
1603 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Nassauische Heimstätte/Wohnstadt“ wollen wir
1604 intensivieren. Auch diese Gesellschaften müssen ihrer Verantwortung für dauerhaft
1605 bezahlbare Mieten nachkommen.

1606 Gemeinschaftliches und intergenerationelles Wohnen wollen wir weiter unterstützen und
1607 aktiv sowohl im freifinanzierten als auch im geförderten Wohnungsbereich ermöglichen. Die
1608 Bedürfnisse von Haus- und Baugemeinschaften sollen bei konkreten Interessenlagen im
1609 Rahmen von Konzeptvergabeverfahren und Bauleitplanverfahren sowie durch die
1610 Gewährung von Pachtverhältnissen auf städtischen Grundstücken berücksichtigt werden.

1611 Für eine bedürfnisorientierte Nutzung von Wohnraum sowie zur Förderung
1612 gemeinschaftlichen Wohnens möchten wir eine Tauschbörse für Wohnraum und weitere
1613 Beratungsangebote etablieren.

1614

1615

1616 **6.7.3 Energetische Modernisierungen**

1617 Um die CO₂-Emissionen zügig abzusenken und bis 2030 die Klimaneutralität der Universi-
1618 tätsstadt Marburg zu erreichen, ist ein 1,5-Grad-Modernisierungsprogramm „Sozialer Klima-
1619 schutz“ für energetische Sanierungen im Geschosswohnungsbau umzusetzen. Bezogen
1620 auf deren Kostenanteil ist diese für die Mieter*innen warmmietneutral (siehe auch Abschnitt
1621 ‚CO₂-Minderungsprogramm‘).

1622
1623

1624 **6.7.4 Mieter*innen stärken**

1625 Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Immer
1626 wieder entstehen Konflikte zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Deshalb wollen wir
1627 Ombudspersonen etablieren, die als Ansprechpersonen und Mittler*innen im Falle von Dis-
1628 kriminierungen und Konflikten fungieren. Bei der städtischen GeWoBau wollen wir Mieter*in-
1629 nenbeiräte einrichten (siehe auch Abschnitt ‚Lebenswerte Stadtteile, Bürger*innen-Beteili-
1630 gung und Demokratieförderung‘).

1631

1632 **7 Wirtschaft und Wirtschaftsförderung**

1633 **7.1 Nachhaltig Wirtschaften – neue Chancen nutzen**

1634 Marburg hat eine starke und vielfältige Wirtschaft, deren Bedeutung weit über die Stadt hin-
1635 aus in die ganze Region wirkt. Wirtschaft bedeutet Arbeit und Einkommen. Handel und Gast-
1636 ronomie sind für eine lebendige Innenstadt unverzichtbar. Gerade sie sichern auch Arbeit
1637 für Menschen, die damit ihr Studium finanzieren.

1638 Auch in Zukunft wollen wir den Wirtschaftsstandort positiv entwickeln. Dabei sind gute und
1639 sichere Arbeitsplätze für uns von zentraler Bedeutung. Zugleich sehen wir große Chancen
1640 in den Herausforderungen unserer Zeit. Die Corona-Krise hat den Wert regionaler Wirt-
1641 schaftskreisläufe wieder ins Zentrum des Bewusstseins gerückt. Die Bewältigung der Kli-
1642 makrise bedeutet nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem eine Chance für das
1643 Handwerk wie für ganz neue Produkte und Geschäftsmodelle, von denen wir manche heute
1644 kaum erahnen können.

1645 Mit der Perspektive eines solchen gesellschaftlichen Wandels werden auch weitere Anfor-
1646 derungen an die kommunale Wirtschaftsförderung herangetragen. Für einen Innovations-
1647 standort wie Marburg wollen wir diese Möglichkeiten nutzen und gemeinsam auch mit der
1648 Universität die ausgeprägte Gründer- und Startup-Kultur ausbauen und unterstützen.

1649 Deshalb betreiben wir über klassische Aufgaben der Wirtschaftsförderung hinaus eine auf
1650 sozial-ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die in erster Linie lokale
1651 und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe fördert. Die lange Tradition einer „Social Entrepreneu-
1652 rship“ in Marburg unterstützen wir auch in Zukunft.

1653 So stärken wir den Wirtschaftsstandort und die Attraktivität Marburgs als Einkaufs- und Aus-
1654 flugsziel.

1655 Wo immer es möglich ist, wollen wir als städtischer Arbeit- und Auftraggeber mit gutem
1656 Beispiel vorangehen und unseren Ansprüchen an soziale und ökologische Standards ge-
1657 recht werden, beispielsweise indem alle städtischen Betriebe und Verwaltungen sich einer
1658 Gemeinwohlbilanzierung öffnen, wie es die Stadtwerke bereits getan haben. Wir wollen dar-
1659 über hinaus prüfen, inwieweit in Zukunft bei Ausschreibungen die Auftragsvergabe nur an
1660 Unternehmen erfolgen kann, welche neben der Tariftreue die Einhaltung bestimmter Krite-
1661 rien der Nachhaltigkeit nachweisen können. Es sollen regionale Produkte und Dienstleis-
1662 tungen mit kurzen Wegen und nahen Beziehungen zwischen Produzent*innen und Kund*in-
1663 nen bevorzugt gefördert werden. Wir wollen im Dialog mit den Unternehmen prüfen, wie wir

1664 deren Engagement für Klimaschutz und soziale Transformation unterstützen und begleiten
1665 können.

1666
1667

1668 **7.2 Der Pharmastandort – Globale Verantwortung und Rückgrat der** 1669 **regionalen Wirtschaft**

1670 Die Corona-Krise hat gezeigt: mit der Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für den
1671 Pharmastandort hat Marburg eine herausragende, globale Verantwortung, die wir auch in
1672 Zukunft uneingeschränkt wahrnehmen wollen. Dazu gehören eine einwandfrei
1673 funktionierende Infrastruktur und ausreichend Platz, was wir mit dem Masterplan
1674 Pharmastandort auch in Zukunft gemeinsam sicherstellen werden. Wir wollen zusammen
1675 im Dialog mit den Unternehmen am Standort ambitionierten Klimaschutz und gute soziale
1676 Standards erreichen und bei der Fachkräftegewinnung unterstützen. Dabei stellen wir
1677 gemeinsam sicher, dass die Lebens- und Wohnqualität für die Anwohner*innen im Umfeld
1678 und die natürlichen Ressourcen der Region erhalten bleiben.

1679
1680

1681 **7.3 Nachhaltige Entwicklung durch gezielte Wirtschaftsförderung**

1682 Die kommunale Wirtschaftsförderung spielt im gesamten Prozess der sozial-ökologischen
1683 Wende eine zentrale Rolle. Dabei fallen ihr wichtige Aufgaben zur Steuerung des anstehen-
1684 den Wandels zu. Als Orientierung dienen uns dabei Konzepte wie jenes der Wirtschaftsför-
1685 derung 4.0.

1686
1687

1688 **7.4 Lokale Produktion unterstützen und nachhaltigen Konsum fördern**

1689 Soziale und ökologische Kriterien müssen zukünftig mitentscheidend sein für die Neuansiedlung
1690 neuer Unternehmen. Ein entsprechender Kriterienkatalog müsste unter Einbeziehung
1691 von Expert*innen entwickelt werden. Dieser soll als Entscheidungsgrundlage bei ge-
1692 planten Unternehmensansiedlungen und der kommunalen Auftragsvergabe implementiert
1693 werden.

1694
1695

1696 **7.5 Existenzgründungen fördern**

1697 Marburg ist eine Gründer*innen-Stadt, auch wenn dies im öffentlichen Bewusstsein nicht so
1698 präsent ist. Mit der Founder-School im Loksuppen und den vielen Projekten der Wirt-
1699 schaftsförderung zur Unterstützung von Existenzgründungen werden wir diesen Bereich
1700 weiterentwickeln, insbesondere in der Beratung von Gründer*innen und Start-ups. Wir wer-
1701 den mit dem Modellprojekt „Freiraum“ eine aktive Rolle bei der Bereitstellung und Vermitt-
1702 lung von leerstehenden Gewerbeflächen spielen. Für viele Existenzgründer*innen ist die
1703 Suche nach geeigneten Räumlichkeiten eine große Herausforderung, bei gleichzeitigem
1704 Leerstand vielerorts. Hier muss ein intensiver Dialog mit privaten Eigentümer*innen von Ge-
1705 werbeflächen gesucht werden mit dem Ziel diese, im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftli-
1706 chen Entwicklung der Stadt, nutzbar zu machen.

1707 Wir werden prüfen, wie wir unbürokratische finanzielle Anlauf-Unterstützung bereitstellen,
1708 bei der Suche nach geeigneten Ladenflächen helfen und Beratungsangebote in Bezug auf
1709 konkrete Formen alternativer Organisation (z.B. Genossenschaften) wirtschaftlicher Betäti-
1710 gung und des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens im Allgemeinen anbieten können. Hier
1711 sollen vorhandene Angebote unterschiedlicher Träger erfasst, gebündelt und für alle zu-
1712 gänglich und transparent gemacht werden.

1713

1714

1715 **7.6 Nachhaltiges Wirtschaften belohnen**

1716 Viele lokale Unternehmen in Handel und Handwerk leisten bereits einen wichtigen Beitrag
1717 im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens. Dieses Engagement wollen konsequent unterstützen.
1718 Wir prüfen, wie wir Betriebe, die sich für eine Gemeinwohl-Bilanzierung entscheiden, unter-
1719 stützen können.

1720 Mit den Gütesiegeln für familien- oder integrationsfreundliche Betriebe tragen wir dazu bei,
1721 Impulse gegen den Fachkräftemangel zu setzen und faire Arbeits- und Lebensbedingungen
1722 zu fördern. Dieses Modell wollen mit einer Auszeichnung für innovative Nachhaltigkeitskon-
1723 zepte zur Erreichung der Klimaneutralität ausbauen. Best-Practice Beispiele sollen so her-
1724 vorgehoben und dadurch für potenzielle Nachahmer*innen öffentlichkeitswirksam bekannt
1725 gemacht werden.

1726

1727

1728 **7.7 Stärkung des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie**

1729 Eine lebendige Innenstadt ist ohne lebendigen Handel und Gastronomie nicht vorstellbar.
1730 Genauso profitieren Handel und Gastronomie von anderen Maßnahmen zur Belebung der
1731 Innenstadt. Wir werden das unter breiter Beteiligung erarbeitete Oberstadtkonzept konse-
1732 quent umsetzen, mit Maßnahmen z.B. für mehr Lebens- und Wohnqualität, Steigerung der
1733 Aufenthaltsqualität, kulturellen Angeboten, erleichteter Nachnutzung von Leerständen oder
1734 dem Haus der Nachhaltigkeit. Durch die Um- und Neugestaltung des öffentlichen Raumes,
1735 inklusive der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Rahmen der Mobilitäts-
1736 wende, wollen wir eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erreichen und
1737 damit wichtige Impulse für den Einzelhandel sowie die Gastronomie setzen. Im gemeinsa-
1738 men Dialog wollen wir moderne und zukunftsfähige Konzepte einer innerstädtischen Einzel-
1739 handelsstruktur entwickeln, die auch für Menschen jenseits der Stadt attraktiv ist.

1740 Mit einem Quartiersmanagement soll die Entwicklung in den jeweiligen Stadtvierteln ge-
1741 meinsam mit dem örtlichen Handel unterstützend begleitet und so zeitnah auf mögliche
1742 Fehlentwicklungen, wie z.B. Leerstände, reagiert werden. Insgesamt soll der Fokus auf den
1743 Einzelhandel in der Kernstadt gelegt werden.

1744 Innerhalb der Stadt sollen neue nachhaltige Lieferkonzepte entwickelt und umgesetzt wer-
1745 den. Die Lieferung von Waren auf der letzten Meile per Lastenrad soll ausgebaut und CO₂-
1746 neutrale Antriebe für größere Lieferungen gefördert werden.

1747

1748

1749 **7.8 Stärkung des lokalen Handwerks**

1750 Das lokale Handwerk ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und trägt die Hauptlast in der dualen
1751 Ausbildung und Fachkräftesicherung. Es wird einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung
1752 vieler klimapolitischer Projekte wie der energetischen Sanierung von öffentlichen und priva-
1753 ten Gebäuden, Errichtung von Photovoltaik-Anlagen, Bau neuer Rad- und Fußverkehrs-
1754 wege, aber auch in der Pflege oder im Bereich der Lebensmittelverarbeitung spielen.

1755 Einem drohenden Fachkräftemangel müssen wir rechtzeitig begegnen, indem wir die priva-
1756 ten Handwerksbetriebe sowie jene Betriebe der Stadt bzw. der städtischen Tochtergesell-
1757 schaften bei der Ausbildung von Nachwuchskräften stärker unterstützen. Wir brauchen eine
1758 Ausbildungsoffensive. Dafür ist es notwendig, den zukünftigen Bedarf in verschiedenen Be-
1759 reichen zu erheben. Darauf aufbauend soll eine regionale Arbeits- und Ausbildungsförde-
1760 rung mit allen Beteiligten gemeinsam initiiert werden.

1761

1762

1763 **7.9 Ausbau der Nahversorgung mit regionalen und ökologischen**
1764 **Lebensmitteln**

1765 Wir sehen große Potenziale in der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit ökologi-
1766 schen, regionalen und bezahlbaren Lebensmitteln. Unser Ziel ist es daher, die ökologische
1767 und regionale Lebensmittelproduktion (z.B. Solidarische Landwirtschaften, ökologische
1768 Landwirtschaftsbetriebe, Urban Gardening) weiter zu fördern und diese systematisch zu
1769 verknüpfen mit nachhaltigen Nahversorgungsstandorten und Logistikstrukturen.

1770 In diesem Bereich gibt es bereits viele Akteur*innen, etwa verschiedene Einzelhandelsbe-
1771 triebe oder Wochenmärkte, deren wirtschaftliches Handeln auf soziale und ökologische
1772 Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Durch eine Einbindung verschiedener Akteur*innen (u.a. der
1773 Ernährungsrat Marburg und Umgebung, der Politik, der Landwirtschaft und des Einzelhan-
1774 dels) sollten zukunftsfähige Konzepte der nachhaltigen Lebensmittelversorgung entwickelt
1775 und umgesetzt werden.

1776

1777 **8 Finanzen, städtische Gesellschaften und UKGM**

1778 **8.1 Finanzen**

1779 Die Universitätsstadt Marburg verfügt über eine im Vergleich zu vielen anderen Kommunen
1780 gute Finanzausstattung. Dabei ist sie selbstverständlich den gleichen Haushaltsregeln und
1781 Beschränkungen unterworfen, die für alle hessischen Kommunen gelten. Zudem müssen
1782 auch in Marburg die von den Bürger*innen aufgebrauchten Steuermittel sparsam und effizient
1783 verwendet werden, um auch dauerhaft die Umsetzung der Pflichtaufgaben wie der unserer
1784 Ansicht nach essentiellen, vermeintlich „freiwilligen Aufgaben“ erfüllen zu können.

1785 In den letzten Jahren waren die Finanzen der Universitätsstadt Marburg starken Schwan-
1786 kungen unterworfen, weil die Gewerbesteuer wie in anderen Kommunen auch eine schwer
1787 prognostizierbare Einnahmequelle ist und korrespondierende Zuweisungen aus dem Kom-
1788 munalen Finanzausgleich (KFA) entsprechend schwanken. Allein im laufenden Jahr hat sich
1789 die Gewerbesteuererwartung um 38 Millionen Euro nach oben verändert.

1790 Die Universitätsstadt Marburg profitiert von der Bedeutung ihres Wirtschafts-, insbesondere
1791 des Pharmastandorts, der nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern wesentlich zur guten Fi-
1792 nanzsituation der Stadt beiträgt. Zugleich nützt den ansässigen Unternehmen die öffentliche
1793 Infrastruktur (z.B. Bildung, Kultur, Mobilität) unserer Stadt. Daher erwächst aus seiner Be-
1794 deutung auch eine Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung dieser Infrastruktur,
1795 auch im Hinblick auf die finanzielle Ausgestaltung des städtischen Haushalts.

1796 Ziel dieser Koalition ist eine verlässliche Finanzpolitik, die auf der Grundlage ausgeglichener
1797 Haushalte eine auskömmliche Finanzierung und Erfüllung der – selbst gestellten – Aufga-
1798 ben auf dem Weg in die sozial-ökologische Moderne sowie der kommunalen Pflichtaufga-
1799 ben sicherstellt, den Erhalt und Ausbau unserer zukunftsorientierten, sozialen und kulturel-
1800 len Infrastruktur gewährleistet, durch eine nachhaltige Investitionspolitik zum Erhalt und
1801 Ausbau des öffentlichen Vermögens beiträgt und dadurch die nachhaltige Erfüllung der Ziele
1802 dieser Koalition ermöglicht.

1803

1804 Wir werden

1805 • im Ergebnishaushalt die Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik entsprechend den
1806 inhaltlichen Schwerpunkten der Koalition setzen.

1807 • Ergebnishaushalte im mittelfristigen Durchschnitt ohne Rückgriff auf die Rücklage
1808 aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses von mindestens 100 Mio. Euro
1809 aufstellen.

- 1810 • Einmalerträge zu maximal 25% verwenden und die weiteren Anteile für korrespon-
- 1811 derende, auch zukünftige Verpflichtungen (z.B. Umlageverpflichtungen, Steuerer-
- 1812 stattungen) bzw. Ertragsminderungen (z.B. korrespondierende Mindererträge durch
- 1813 den kommunalen Finanzausgleich) zurücklegen.
- 1814 • einen positiven Finanzmittelfluss und eine Liquiditätsreserve in der Größenordnung
- 1815 des Zehnfachen der Pflichtreserve (Stand 31.12.2021: 4,86 Mio. Euro) anstreben.
- 1816 • ein jährliches Investitionsvolumen von 30 bis 35 Millionen Euro anstreben, um die
- 1817 anstehenden Aufgaben zu erfüllen und die nötigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen.
- 1818 Dabei werden folgende investiven Schwerpunkte gesetzt, in denen jeweils das Quer-
- 1819 schnittsthema Klimaschutz berücksichtigt wird (Reihenfolge nach Volumen):
- 1820 ○ Bildung und Betreuung
- 1821 ○ Mobilität
- 1822 ○ Wohnungswirtschaft (Neubau, energetische Modernisierungen, sozialer Zu-
- 1823 sammenhalt, lebendige Stadtquartiere)
- 1824 ○ Erhalt der weiteren Infrastruktur
- 1825 ○ Brandschutz
- 1826 ○ Kultur
- 1827 • uns gegenüber dem Land für eine Weiterentwicklung des Haushaltsrechts ein-
- 1828 setzen, die auch die besonderen Verhältnisse von Kommunen wie Marburg ab-
- 1829 bildet und uns mehr Handlungsspielraum lässt.
- 1830 • Uns gegenüber dem Land und dem Bund für eine bedarfsgerechtere Finanzie-
- 1831 rung der Kommunen einsetzen.

1832

1833 Zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben und zur Sicherung guter Ar-

1834 beitsbedingungen für die städtischen Beschäftigten werden wir die notwendigen personellen

1835 Voraussetzungen in der Verwaltung der Stadt Marburg schaffen.

1836

1837

1838 **8.2 Stadtwerke und städtische Gesellschaften**

1839 Die öffentliche Wirtschaftstätigkeit der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften sind grundle-

1840 gender Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es handelt sich vom Grundverständ-

1841 nis her nicht um einen Konzern. Es werden elementare Leistungen für die Menschen und

1842 das Gemeinwohl der Stadt Marburg erbracht.

1843

1844

1845 **8.2.1 Stadtwerke (SWM)**

1846 Wir möchten den Charakter eines kommunalen Betriebs stärken, der die Daseinsvorsorge

1847 in den Vordergrund stellt. Die SWM sind dem Ziel der sozial-ökologischen Energiewende

1848 und der Klimaneutralität verpflichtet.

1849 Als öffentliches Unternehmen sind die Stadtwerke und ihre Tochtergesellschaften in einem

1850 besonderen Maße verpflichtet, für gute Arbeit, gerechte Löhne und ausreichend Personal

1851 zu sorgen. Ausgliederungen und Auslagerungen von Aufgaben und Personal wollen wir ver-

1852 hindern. Bestehende oder sich ergebende rechtliche und andere Möglichkeiten, bereits vor-

1853 genommene Ausgliederungen (etwa der MEG, Marburger Entsorgungs-GmbH, und der

1854 MKG, Marburger Kommunalentsorgungs-GMBH) rückgängig zu machen, wollen wir ergrei-

1855 fen. Zudem wollen wir Bürger*innen an wichtigen Vorhaben und Entscheidungen der Stadt-

1856 werke und ihrer Tochtergesellschaften beteiligen.

1857

- 1858 Für unser Ziel der Klimaneutralität in Marburg bis 2030 haben auch die Stadtwerke eine
1859 wichtige Verantwortung. Deshalb werden wir
- 1860 • uns bei den SWM für ein Ökostrom-Produkt einsetzen, das ausschließlich auf erneuerbare
1861 Energien aus der Region (z.B. 50 km Umkreis) zurückgreift. Damit soll der
1862 Weiterbetrieb von Windenergieanlagen und PV-Anlagen, die keine EEG-Vergütung
1863 mehr bekommen und nicht erneuert/repower werden können, wirtschaftlich ermöglicht
1864 werden.
 - 1865 • die Einführung sozialer Energietarife (Energiebonus) bei den SWM vorantreiben. Diese sollen
1866 Energiesparen belohnen, einen kostenfreien Grundtarif ermöglichen und überdurchschnittlichen
1867 Verbrauch verteuern.
 - 1868 • Sondertarife für Wärmepumpenstrom einführen.
 - 1869 • uns dafür einsetzen, dass das Dachflächen-Pachtangebot erweitert wird. Damit soll
1870 künftig die Möglichkeit geschaffen werden, Dachflächen an die SWM zu verpachten,
1871 damit diese darauf eine Photovoltaik-Anlage betreiben können.
 - 1872 • den Ausbau der Beteiligung der Stadtwerke an Kraftwerken aus regionaler regenerativer
1873 Energie (Regionalnachweisregister des UBA) vorantreiben.
 - 1874 • eine CO₂-Bilanz und deren dauerhafte Fortschreibung erstellen.
 - 1875 • ein mit der Stadtverwaltung koordiniertes Vorgehen zur Energieberatung ausbauen.
 - 1876 • ein 100-Ladepunkte-Programm für die Elektromobilität auflegen.
 - 1877 • daran arbeiten, dass die SWM im Wärmesektor bis 2030 ohne fossile Brennstoffe
1878 auskommt.
 - 1879 • anregen, dass die Stadt Marburg und die Stadtwerke in einen Austausch mit anderen
1880 Kommunen und Bürger*innen-Energiegesellschaften mit Best-Practice-Modellen zur
1881 Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien treten.
 - 1882 • anregen, dass die SWM den in der Stadt Marburg fehlenden regenerativen Strom
1883 regional beschafft und sich dabei auch beim Ausbau regionaler erneuerbarer Energien
1884 engagiert.
 - 1885 • eine sozial-ökologische Vergabeordnung für die SWM einrichten, die öffentlichen
1886 Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen, an das Engagement bei der Ausbildung und
1887 die Einhaltung sozialer sowie ökologischer Standards knüpft.

1888
1889

1890 **8.2.2 GeWoBau**

1891 Eine Privatisierung der GeWoBau lehnen wir ebenso ab wie den Verkauf von öffentlichen
1892 Wohnungen.

1893
1894

1895 **8.3 UKGM**

1896 Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) hat als Krankenhaus der Maximalversorgung eine zentrale Bedeutung für die Gesundheitsversorgung in Marburg und in Mittelhessen. Wir setzen uns für eine bestmögliche Patient*innenversorgung und für gute Bedingungen für die Beschäftigten sowie für Forschung und Lehre ein. Bemühungen, unser Uniklinikum zurück in öffentliches Eigentum zu überführen, unterstützen wir von städtischer Seite.
1900
1901